

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

7. Jahrgang.

Samstag, 9. April 1927.

!Nr. 84.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich Ke 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährlich 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
sendung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich

Zum 1. Mai 1927!

An die Arbeiter aller Länder!

In einer Zeit großen geschichtlichen Geschehens, voll drückender Sorgen und drohender Gefahren, rüstet das internationale Proletariat zum Festtag der Arbeit.

Im Vordergrund der weltpolitischen Ereignisse steht das Erwachen des chinesischen Volkes, sein

gewaltiger Kampf

um das Recht auf volle Selbstbestimmung.

Er erfüllt mit Freiheitshoffen die Seelen der unterdrückten Völker aller Farben und aller Rassen und zeigt den Imperialisten aller Länder:

Die Epoche kolonialer Ausbeutung geht zu Ende!

„Das, was in China geschieht, ist der erste Anfang der großen Weltrevolution der letzten großen Reservarmee des Kapitalismus und deswegen, Genossen, ist, was dort geschieht, eigenste Sache und deswegen wollen wir den Arbeitern dort drüben unseren Gruß schicken!“ In richtiger Voraussicht künftiger Ereignisse wurde diese Erkenntnis vor zwei Jahren unter dem sümnischen Jubel des ganzen Kongresses der Sozialistischen Arbeiter-Internationale in Marseille ausgesprochen; heute ist sie zum Gemeingut der Arbeiterklasse der ganzen Welt geworden. So viel Zwiespalt es innerhalb des Proletariats über den besten Weg zu seiner Befreiung auch geben mag, in der

Sympathie und Solidarität für die nationale Freiheitsbewegung in China

besteht volle Einigkeit.
Ein Drittel der Erdoberfläche liegt zwischen London und Shanghai. Wir können der Revolution in deren vordersten Reihen die chinesischen Proletarier kämpfen, keine unmittelbare Hilfe leisten. Aber wir können sie unterstützen durch unsere Aktion in der Heimat der imperialistischen Ausbeuter. Sie verfügen über die Machtmittel des Staates, für sie ist der Weg nach China offen, sie hoffen noch immer mit Pulver und Blei die schmachvolle Schande ihrer „Konzessionen“ und „Exterritorialitätsprivilegien“ zu behaupten. Und deshalb demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die sofortige

Rückverbringung der fremden Truppen und Kriegsschiffe aus China!

Arbeiter, Sozialisten!
Auch Europa ist von neuen Kriegen bedroht. Je weiter die Völker durch die Reaktion in den Abgrund ökonomischer Verwüstung und geistiger Verfallung gestoßen werden, um so größer wird die Gefahr, daß die Diktatoren das Ba-banque Spiel eines Eroberungskrieges riskieren. Insbesondere liegt auf europäischem Gebiet

Das Gefahrenzentrum der Kriegslüstung in dem verbrecherischen System des Faschismus.

Schon ist Albanien auf dem Weg, in eine wirkliche Kolonie Italiens umgewandelt zu werden. Die Gefahr eines neuen Balkankrieges mit allen seinen Schrecknissen für ganz Europa steigt drohend herauf. Und daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich für die alte Forderung der Sozialistischen Internationale:

Der Balkan den Balkanvölkern! Für die Balkanöderation der freien Völker des Balkans!

Weder die Verwüstungen des Krieges, den wir erlebt, noch die Gefährdung des Friedens, die neu vor uns erhebt, haben den kapitalistischen Regierungen das Gewissen geklärt. Die imperialistischen Interessen sind härter als der Abrüstungsgedanke. Welch ein Abstand zwischen den Versprechungen Wilsons und den bisherigen Resultaten des Völkerbundes! Arbeiter, Euch erwächst daher die Pflicht, neuerlich zu demonstrieren

gegen das Betrüben in allen seinen Formen!

Das Bureau der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

gegen den Militarismus! für die Friedenspolitik der Arbeiterklasse!

Unter der Erdrosselung der Meinungsfreiheit leidet die Arbeiterbewegung in den Ländern ohne Demokratie. Keine Pressefreiheit, keine Versammlungsfreiheit, keine Organisationsfreiheit, diese Wahrzeichen des russischen Jansmus, herrschen heute wieder über einen großen Teil Europas und in Rußland selbst! Tausende und Tausende politische Flüchtlinge erdulden das harte Los der Emigration! Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

für die Wiederherstellung der politischen Freiheit und der Demokratie!

für die Amnestie der politischen Verurteilten und Gefangenen!

und wir bemühen die Feier des 1. Mai zur **Stärkung des Mattiotti-Fonds**, des Hilfsfonds für die Arbeiterbewegung der Länder ohne Demokratie.

Zeit der letzten Maifeier ist im Kampf für die Verteidigung des Achtstundentages ein kleiner Fortschritt erzielt worden. Belgien hat die Konvention von Washington über den Achtstundentag ratifiziert. Aber noch immer leisten die großen Industrieländer Europas, vor allem England und Deutschland, passive Resistenz. Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai

für den Achstundentag!

für die Ratifikation des Abkommens von Washington!

Jahre um Jahre vergehen, aber der Kapitalismus erweist sich als unfähig, die Massenarbeitslosigkeit, die sein Weltkrieg erzeugt hat, zu beseitigen. Noch immer sind Millionen von Menschen zu Untätigkeit und Verelendung verdammt. Daher demonstrieren wir an diesem 1. Mai neuerlich

für die Arbeitslosenfürsorge in allen Formen,

für die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung,

deren Wahnsinn sich im Schicksal der Arbeitslosen am sinnfälligsten offenbart.

Unter allen sozialpolitischen Forderungen sind die wichtigsten die Sicherung unseres Nachwuchses vor Verelendung, die Schaffung von Lebensbedingungen, die die körperliche und geistige Gesundheit der Jugend verbürgen. Daher demonstrieren wir am 1. Mai

für Jugendschutz und Jugendrecht!

Aber wir haben für die Jugend nicht nur zu sorgen, wir haben auch Forderungen an die Jugend. Soll das Wort, das die Arbeiterklasse unter den schwierigsten Kampfbedingungen in unendlichen Mühen und Opfern bezogen, zum siegreichen Ende geführt werden, so muß die neue Generation erfüllt sein

mit sozialistischen Jugendidealen!

Diese neue Generation, auf deren Kindheit das Glend des Krieges gelastet hat, die die Arbeiterbewegung zuerst kennen lernte in den Irrungen und Wirrungen der Nachkriegszeit, sie muß den Skeptizismus und den Kleinmut überwinden, sie muß die Erhabenheit des sozialistischen Endzieles erschauen, sie muß sich durchringen zur Erkenntnis der gewaltigen Größe des Kampfes der Arbeiterklasse, die sich und die Menschheit befreit, sie muß in sich aufnehmen den Geist und den Opfermut der großen Vorkämpfer des internationalen Proletariats. Der Glaube an die sozialistische Massenbewegung, der uns erfüllt, soll auch lebendig werden in den Herzen und Hirnen unserer Jugend, soll sie einigeln in die siegreich fortschreitenden Kampfzeiten der Sozialistischen Arbeiter-Internationale.

4. April 1927.

Hallelujah!

Die üblichen Osterwünsche, die den Mitgliedern der gesetzgebenden Körperschaften regelmäßig in die Parlamentsferien mitgegeben werden, hat der klerikale Präsident des Senats diesmal um ein Wort bereichert, das als ein Zeichen der Zeit angesehen werden kann. Er wünschte den Senatoren fröhliche Ostern und schloß seinen Wunsch mit einem „innigen Hallelujah“. Das Wort stammt aus dem Hebräischen und heißt „Lobet den Herrn!“ Wäher wurde dieser fromme Ruf nur bei gottesdienstlichen Handlungen und Festlichkeiten erhoben, nun haben ihn die an der Herrschaft befindlichen Merkale auch in das parlamentarische Leben eingeführt. Die Welt soll sehen, daß wir im Zeichen des katholischen Christentums regiert werden! Welches Parlament der Welt könnte sich da mit dem untern messen! Wo geht es noch so fromm zu, wo werden noch die Sitzungsperioden mit Worten aus der Bibel- und Kirchenprache beendet! Wenn dieser Brauch erst einmal eingeführt ist, dann wird es wohl nicht mehr lange dauern, daß jede Sitzung mit einem „Vater unser“ eingeleitet werden wird und die Abgeordneten und Senatoren in corpore zur österlichen Beichte und Kommunion gehen müssen.

Allelujah! Es war nicht nur die letzte Sitzung vor den österlichen Ferien, in der dem gläubigen Herzen des Herrn Dr. Kruban dieser Ruf entstieg, es war auch die Sitzung, in der die sechs militärischen Gesetzesvorlagen in zweiter Lesung von der deutsch-tschechisch-slowakischen Regierungsmehrheit angenommen wurden. Nach dem Drei-Milliarden-Rüstungsfonds die verfassungswidrige Wegnahme des Soldatenwahlrechtes, die Verschärfung des militärischen Strafverfahrens, die Verlängerung der Dienstzeit, die Schaffung eines Vorrechtes der ausgeschiedenen Unteroffiziere und die Einführung einer Ersatzreserve — das Werk der Militarisierung und Stärkung der Wehrmacht ist getan, nun lobet den Herrn! Es hat nur noch gefehlt, daß die Mehrheit, in der die Merkale eine so entscheidende Rolle spielen, zum Schluß eine feierliche Te Deum laudamus angestimmt hätte.

Lobet den Herrn! Dem Herrn Senatspräsidenten war, als er die geleistete Arbeit beschaut, offenbar ganz feierlich zumute. Wo und wann wäre es einer Regierungsmehrheit gelungen, eine solche Reformleistung zu vollbringen! Dabei war es den Verbündeten keineswegs leicht gemacht, Seite an Seite beieinander auszuharren. Da hielt beispielsweise ein Mitglied der Regierungsmehrheit und des Bundes der Landwirte, der ungarische Nationalpartei-Pater Richter eine Rede, die noch vor einem halben Jahre das gesamte tschechische Lager in gelinde Majerei versetzt hätte, die es jetzt aber schweigend hinnahm und sie einfach überhörte. Der Klub der ungarischen Nationalpartei, ein Anhängel des Bundes der Landwirte, hatte schon bei der Abstimmung über die Wehrvorlagen im Abgeordnetenhaus gedroht, nicht mehr länger mitzumachen, wenn nicht endlich seine nationalen und wirtschaftlichen Forderungen Erfüllung finden. Im Senat ging diese Wehrheitsgruppe um einen Schritt weiter und ließ durch Richter ankündigen, daß sie, solange keine Kursänderung erfolge, nicht für alle militärischen Vorlagen stimmen könne. Bei der Abstimmung tanzte diese Regierungsmehrheit noch weiter aus der Reihe, stimmte überhaupt nicht mit, und während der ganzen Abstimmung war kein einziges ihrer Mitglieder anwesend. Da auch von den deutschbürgerlichen Senatoren fast die Hälfte in einer Anwandlung von Scham zuhause geblieben war und nur zehn von ihnen mitstimmten, war die Hilfe, die den tschechischen Regierungsparteien von dieser Seite wurde, gerade nur ausreichend, um die Mehrheit aufzubringen. Richters Rede war aber nicht nur wegen ihrer oppositionellen Färbung ein bitterer Brocken und eine starke Belastungsprobe für die tschechischen und slowakischen Regierungsparteien, sondern besonders wegen ihrer ungarophilen und horthyfreundlichen Tendenz. Wie wäre es einem oppositionellen Senator ergangen, wenn er für Ungarn oder einen anderen

Friedensdahlmeien des Herrn Hodza.

Im Kulturhaus des Abgeordnetenhaus hielt gestern Herr Hodza wieder einmal eine sehr verständlich klingende Rede, in der er der dringend notwendigen gründlichen Schulreform zunächst lieber ein sogenanntes „realisierbares“ Programm voranstellte über dessen Einzelheiten er sich liebevoll verbreitete. Dann sprach er sogar von der Revision gewisser Lehrbücher, weil im Hinblick der Umstrukturierung die Einseitigkeiten unterlaufen seien, die einer Korrektur bedürftig; jeder Haß gegen dieses oder jenes Volk müsse aus den Lehrbüchern verschwinden. In der Frage der Schulautonomie hielt er sich vorsichtig auf der Linie seiner früheren Erklärungen, der Interpretation nach dieser oder jener Seite vollkommen freien Lauf lassend.

Bezüglich der Minderheitsschulen brachte er sogar die schöne Wendung auf, daß die Frage nach der Seele aus unserem staatspolitischen Wörterbuch verschwinden müsse und man sich auf das Noble und Sittliche einschränken müsse: Zu schützen, was unzerstörbar ist. Er habe angeblich kein Verständnis für eine solche Minderheitenpolitik, die eine tschechische Bürgerfamilie in einer deutschen Gemeinde errichte, in der nicht eine einzige tschechische Familie sei. Diese Zusicherung ist immerhin schön und verheißend, daß man künftig erst bei mindestens einer tschechischen Familie mit tschechischen Schulgründungen anfangen wird.

Herr Hodza hat schon zu viel Salzburgervolles über den kulturellen Ausgleich herumgeredet, als daß man diesen schönen Worten ohne weiteres Glauben schenken könnte; wir wollen lieber erst die Taten abwarten, bevor wir unser Vertrauen gegen seine schönen Reden reservieren.

Sinat, der bei den tschechischen Parteien ebenso schwarz angekreidet ist, solche Propaganda sich geleistet hätte, wie es Richter tat! Andererseits mußten die Deutschbürgerlichen die bittere Bille einer Rede des tschechischen Agrarsenators Havella stillschweigend herunterzuschlucken, der als einer der Verdiensttäter ihre Behauptungen, die Stärkung der tschechoslowakischen Wehrmacht bilde die Gewähr einer friedlichen Entwicklung, Lügen strafe. Er sprach von der ultima ratio, von „Blut und Eisen“, und der kleine tschechische Bismarck sagte es noch deutlicher als Späcker im Abgeordnetenhaus, daß die Armee zum Schutze und zur Wehrhaftigkeit der Tschechen diene, und nur dieser, denn daß es noch andere Nationen im Staate, und daß es auch deutsche Soldaten gibt, scheint dieser Herr Havella gar nicht zu wissen. Doch: Hallelujah! Die kleinen Zwischenfälle konnten die Phalanx der Mehrheit nicht erschüttern, gegenseitig übten sie weiteste Toleranz und — Lobet den Herrn! — so konnten die Militärgesetze glücklich unter Dach und Fach gebracht werden.

Das Kanonendruckentum unserer Merkale und Christlichsozialen hat damit eine Musterleistung vollbracht. Eben wird der Welt in Genf ein Schauspiel vorzuführen, das Abrüstungskonferenz genannt wird. Eine erlesene Gesellschaft von Staatsmännern sind die Akteure in diesem Stücke, das immer mehr zur Komödie wird. Noch keiner der großen und kleinen Staaten hat bisher seinen Willen zur Abrüstung anders bekundet, als durch neue Rüstungen. Allelujah, auch die Frommen, die uns regieren, wollen nicht zurückbleiben. Dabei reden sie stets nur vom Geiste des Friedens, dem sie dadurch zu dienen vorgeben. Als ob es nicht schon längst durch alle Erfahrungen bewiesen wäre, daß in den Rüstungen allein schon die größte Kriegsgefahr steckt, daß sie die politischen Spannungen erhöhen, das Mißtrauen der Nachbarländer wecken und sie zu Gegenrüstungen reizen, und daß schließlich mit der steigenden Kriegsbereitschaft auch der Wille zum Völkermord wächst. Das alles macht den frommen Moralschriften nichts aus; sie haben im Weltkrieg die Waffen gesegnet und wären jeden Augenblick bereit, die Menschen in ein neues gottgewolltes Stahlbad zu führen.

Aber wie oft Böses auch Gutes schafft, so wird auch die volkschädigende Art, in der unsere Merkale ihr Christentum betätigen, die gute Wirkung haben, zur Aufklärung der Massen beizutragen. Jenen Christen, die Hallelujah rufen, da es ihnen gelungen ist, dem Kriegsspeiß das Volkswohl zu opfern, wird einstens ein anderes Bibelwort entgegengehalten werden: „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen!“

Anträge des Parteivorstandes zum Parteitag.

a) zum Organisationsstatut.

Im § 1 in Nummer einzuschalten (Ausnahme siehe § 49).

§ 2 unseres bisherigen Organisationsstatutes wird zur Streichung beantragt.

§ 3, bisheriger erster Absatz ist nun der § 2, dem folgender zweiter Absatz beizufügen ist: Das Recht des Einspruches gegen die Aufnahme hat jede Parteiorganisation. Ueber diese Einsprüche entscheidet die zuständige Kreisorganisation innerhalb einer Frist von vier Wochen endgültig. Als dritten Absatz beantragen wir den ersten Satz des zweiten Absatzes des § 3: „Jedes Parteimitglied erhält als Legitimation die im ganzen Reich geltende Parteimitgliedskarte.“ Der zweite Satz des bisherigen zweiten Absatzes des § 3 ist zu streichen.

Der bisherige § 4 ist § 3, wobei wir es der Ermögen anheimstellen, ob es nicht zweckmäßiger wäre, diesen Paragraphen in einem anderen Abschnitt des Statutes, eventuell als eigenen Absatz, umzugliedern.

Im § 9, jetzt § 8, letzte Zeile, ist anstatt des Wortes „Reichsparteitag“ einzusetzen „Parteitag“.

Die früheren §§ 19, 20 und 21 des Statutes sind in geänderter Form hier einzureichen und haben zu lauten:

§ 9. In allen Lokalorganisationen bilden die weiblichen Mitglieder eigene Frauensektionen.

§ 10. Alle Frauenbesitzorganisationskomitees haben auf ihren Konferenzen die Bildung von Bezirkskomitees der weiblichen Parteimitglieder zu beschließen. Deseben haben alle Kreisorganisationen Frauenkomitees einzusetzen.

§ 11. Den Wirkungskreis dieser Frauenkomitees, deren Aufgabe die Gewinnung und Schulung der weiblichen Parteimitglieder ist, bestimmen die von den zuständigen Frauenorganisationen mit Zustimmung der in Betracht kommenden Parteiorganisation ausgearbeiteten Statuten. Das erste Statut für das Frauenreifeitskomitee arbeitet der Parteivorstand aus. Ansonsten ist die Ausarbeitung dieser Statuten dem Parteitag vorbehalten.

§ 12, bisheriger § 17, hat folgenden Wortlaut: Die Mitglieder der Lokalorganisation wählen alljährlich in einer ordnungsgemäß einberufenen Parteimitgliedererversammlung den Lokalsekretär, den Kassier und Schriftführer der Lokalorganisation und die sonstigen Mitglieder des Lokalausschusses und des Frauenreifeitskomitees.

Die weiblichen Parteimitglieder der einzelnen Kreise werden durch das Statut der betreffenden Organisation bestimmt. Die Namen und Adressen der Lokal-, Bezirks-, Kreisvertrauensmänner und der Vertrauenspersonen der zist. Frauenkomitees, sowie jeder Wechsel der Personen sind sowohl der unmittelbar übergeordneten Parteinstanz, als auch dem Parteisekretariate mitzuteilen. Das erste Verzeichnis hat dem Parteisekretariate mit dem Stand vom 1. Juli spätestens am 15. Juli, alle Veränderungen spätestens am zweiten Tage zuzugehen. In dringenden Fällen sind die Veränderungen telegraphisch oder telephonisch bekanntzugeben.

§ 13, bisheriger § 18, mit folgenden Änderungen: statt „30. Juli“ einzusetzen „15. August“, gloschen die Worte „die Zahl der“ und „Mitglieder“ einzufügen „männlichen und weiblichen“, nach den Worten „Quittungsmarken für Parteibeiträge“ einzufügen „und den Markenbortort zu Beginn und zu Ende der Beitragsperiode“; in der zehnten Zeile von oben nach den Worten „über die“ einzufügen „Beiträge“; im zweiten Absatz ist an Stelle „30. Juli“ zu setzen „15. August“. Als dritter Absatz ist folgende Bestimmung anzuschließen: „Anschließend der in den vorangeführten zwei Paragraphen festgesetzten Frist haben auch die Frauenkomitees zu berichten.“

Als neuen § 14 beantragen wir einzufügen:

Protokolle.

Alle Organisationen und Beratungskörperschaften der Partei sind verpflichtet über alle Sitzungen und Beratungen Protokolle abzufassen, die durch die übergeordnete Instanz längstens binnen acht Tagen dem Parteisekretariate einzusenden sind.

Der bisherige vierte Absatz des § 22 ist zu streichen und an Stelle desselben einzusetzen die Ueberschrift: „Organisation des Bildungswesens.“

In den nachfolgenden Bestimmungen sind folgende Änderungen vorzunehmen: Im Absatz c) Kreisbildungsausschuss ist der letzte Satz zu streichen.

Im Abschnitt d) ist dem ersten Satz folgender Nachsatz beizufügen: „Der alle für das Bildungswesen eingesetzten Organisationen unterstellt sind.“ In der fünften Zeile ist anstatt der Worte „ein Jahr“ einzusetzen „zwei Jahre“, als letzter Satz diesem Abschnitt beizufügen: „Alle für das Bildungswesen eingesetzten Organisationen sind gehalten, innerhalb der für die Berichte an die Partei festgesetzten Termine Berichte an die Zentralstelle zu erstatten. Die Zentralstelle ist aber auch berechtigt, an der Hand eigener Formulare andere Berichte abzuverlangen.“

Parteibeitrag.

§ 16 früherer § 11.

§ 17 früherer § 12 in folgender Fassung: „Die Festsetzung der Höhe des Mitgliedsbeitrages und dessen Aufteilung erfolgt durch den Parteitag.“

§ 18 früherer § 13.

§ 19 früherer § 14, wobei zu streichen ist „(§ 3)“.

§ 20 früherer § 15 in folgender Fassung: „Die Einhebung des Parteibeitrages geschieht in der Weise, daß die Quittungsmarken vom Parteivorstand gegen Erlaß des für ihn bestimmten Anteils am Parteibeitrag (§ 17) an die Kreisorganisation abgegeben wird. Von dieser gelangt sie ebenso sukzessive an die nachgeordneten Organisationen gegen Erlaß des um den jeweiligen Beitragsanteil dieser Organisation erhöhten Beitrages.“

Den Mitgliedern wird das monatliche Informationsorgan der Partei unter dem Titel „Freundschaft“, den weiblichen Parteimitgliedern das 14tägig erscheinende Organ „Die Sozialdemokratin“ unentgeltlich, zu Lasten des Parteivorstandes, zugestellt. Die Verwaltung dieser Blätter obliegt dem Parteivorstand, dem es auch anheimgestellt wird, die Bedingungen festzusetzen, unter denen die unentgeltliche Abgabe des Informationsblattes „Freundschaft“ an die Mitglieder zu erfolgen hat.

Dem Parteivorstand bleibt es vorbehalten, für jedes Bericht- oder Kalenderjahr eine eigene Quittungsmarke auszugeben und die bei den Organisationen etwa verbliebenen Quittungsmarken für die abgelaufene Beitragsperiode abzuverlangen.

Wahlfonds.

§ 23, früherer § 16, der zweite Satz ist zu streichen und hat zu lauten: „Ein Teil des Beitrages wird in der vom Parteitag festgesetzten Höhe dem Parteivorstand, der andere der Kreisorganisation zur separaten Verwaltung übergeben.“

Der vom Parteivorstand verwaltete Wahlfonds hat in der Regel nur zur Durchführung der Rationalratswahlen zu dienen. Eine Ausnahme von dieser Regel ist nur über Beschluß einer gemeinsamen Sitzung des Parteivorstandes und der Parteikontrolle möglich. Der vom Kreisauschuss verwaltete Teil des Wahlfonds dient zur Bekämpfung des Aufwandes aller Wahlen, die im Bereiche des Kreisgebietes durchgeführt werden. Insofern bei einzelnen Wahlen mehrere Kreisgebiete in Frage kommen, haben dieselben entsprechend ihrer Stärke zu den Wahlkosten beizutragen.

Maltpende.

§ 24. Jedes Parteimitglied, das am 1. Mai im Lohn- oder Gehaltsbezüge steht, ist verpflichtet, den Tageslohn oder Gehalt an die Partei abzuführen. Die Namen der Parteimitglieder, die auf Grund dieser Bestimmung zur Abfuhr der Maltpende verpflichtet sind, sind in einem Verzeichnis festzuhalten, das seitens des Parteivorstandes zu diesem Zwecke auszugeben ist. Die Einhebung der Maltpende hat seitens der einzelnen Lokalorganisationen längstens bis zum 15. Mai zu erfolgen. Von den eingehobenen Beiträgen verbleiben 20 Prozent der Lokalorganisation, je 10 Prozent der Bezirks- und Kreisorganisation und 60 Prozent dem Parteivorstand. Die vom Parteivorstand ausgegebenen Verzeichnisse, die auch als Sammellisten dienen, sind an den Parteivorstand zurückzustellen.

Sammlungen.

§ 25. Sammlungen jeder Art seitens der Parteiorganisationen und bei den Parteiorganisationen dürfen nur mit Zustimmung des Parteivorstandes erfolgen.

Parteitag.

§ 26. Erster Absatz unverändert.

Zur Teilnahme am Parteitag sind berechtigt:

a) Je vier Delegierte jeder Kreisorganisation, Kreisorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat mehr als 6000 Stück beträgt, haben das Recht für jede weiteren 2000 einen Delegierten zu entsenden. Bruchteile über 1000 werden als voll gerechnet.

b) Je vier Delegierte jeder Bezirksorganisation, Bezirksorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für männliche und weibliche Parteimitglieder pro Monat mehr als 2000 beträgt, haben das Recht, für jedes weitere Tausend einen Delegierten zu entsenden; Bruchteile über 500 werden als voll gerechnet.

c) Je einen Delegierten jeder Lokalorganisation, deren durchschnittlicher Markenumsatz pro Monat mehr als 300 beträgt; für je weitere 300 Marken hat die Lokalorganisation Anspruch auf einen weiteren Delegierten bis zur Höchstzahl von drei Delegierten.

d) bisher c) unverändert.

e) bisher d) unverändert.

f) Die Wahl der Delegierten erfolgt in Kreis-, bzw. Bezirkskonferenzen und soweit die Vertreter der Lokalorganisationen in Betracht kommen, in Vollversammlungen. Das Wahlverfahren wird durch die Statuten der betreffenden Organisationen geregelt. In diesen Statuten muß auf eine entsprechende, möglichst dem Urfaß an Frauenmarken angepasste Berücksichtigung des Parteitage durch weibliche Mitglieder Rücksicht genommen werden.

2, bisher 3, unverändert.

3, bisher 5, unverändert.

4, bisher 4, unverändert.

5, bisher 6, unverändert.

6, bisher 7, unverändert.

7, bisher 8, unverändert.

8, bisher zwei Delegierte des Arbeitervereines „Andererunde“.

9, bisher 9, unverändert.

10, bisher 10, unverändert.

11, bisher 11, unverändert.

12. Ein Delegierter des Zentralorgans der deutschen Wirtschaftsgenossenschaften.

13. Ein Delegierter des Verbandes der Kleinbauern und Gärtner.

14. Ein Delegierter des Arbeiter-Turn- und Sportverbandes.

15. Ein Delegierter des Bundes der proletarischen Freidenker.

16, bisher 13, unverändert.

Zugelassen sind nur solche Delegierte der in

den Punkten 9 bis 15 genannten Organisationen, die Parteimitglieder sind.

Die Vertreter der in den Punkten 7, 10 und 12 genannten Blätter, sowie die im Punkte 16 Genannten haben das Recht, an dem Parteitag teilzunehmen.

§ 27 bisher § 24.

§ 28 bisher § 25 mit der Abänderung, daß die Zahl „fünfundzwanzig“ in der dritten Zeile durch die Zahl „fünfundzig“ zu ersetzen ist.

§ 29 bisher § 26.

§ 30 bisher § 27 mit der Abänderung, daß das Wort „dreimal“ in der vorletzten Zeile durch das Wort „einmal“ zu ersetzen ist.

§ 31 bisher § 28 mit der Abänderung, daß die Zahl „14“ durch „8“ zu ersetzen ist.

§ 32 bisher § 29 mit folgender Abänderung: „Selbständige Anträge zum Parteitag können nicht von einzelnen Parteimitgliedern, sondern nur von delegationsberechtigten Organisationen (§ 26) oder Lokalorganisationen gestellt werden.“

Sie sind mindestens zwei Wochen vor dem Parteitag dem Parteivorstand schriftlich zu übermitteln. Dieser hat sie, sowie seine eigenen Anträge spätestens eine Woche vor dem Stattfinden des Parteitage im Zentralorgan der Partei zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht und Antrag zu erstatten. Ansonsten alter Text.

§ 33 früher § 30.

§ 34 früher § 31, Punkt 1, mit folgender Änderung: Bericht über die Presse und alle von der Partei gegründeten Unternehmungen etc.

Punkt 2, Entgegennahme des Berichtes der Kontrolle, des Pressenausschusses und Beschlußfassung darüber.

Punkt 3, unverändert.

Punkt 4, die Wahl der Parteivertrötung, des Parteivorstandes, der Parteikontrolle und ihrer Exekutive und der Kontrolle der Presse und Parteibetriebe.

Punkt 5, die Wahl von zwölf ständigen Mitgliedern für Schiedsgerichte.

Punkt 6, bisher Punkt 5.

Punkt 7, bisher Punkt 6, mit folgender Abänderung: Die Zahl „29“ ist durch Zahl „32“ zu ersetzen.

Punkt 8, bisher Punkt 7.

Schlussabsatz unverändert.

Frauenreifeitskonferenz.

§ 35. Das Frauenreifeitskomitee hat im Einvernehmen mit dem Parteivorstand vor dem Stattfinden des ordentlichen Parteitage eine Frauenreifeitskonferenz einzuberufen.

Zur Teilnahme an der Frauenreifeitskonferenz sind berechtigt:

1. a) Je eine Delegierte jeder Kreis- und Bezirksorganisation.

Kreisorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für weibliche Mitglieder pro Monat mehr als 2000 beträgt haben das Recht für je weitere 500 Marken eine Delegierte zu entsenden. Bruchteile über 250 werden als voll gerechnet.

Bezirksorganisationen, deren durchschnittlicher Markenumsatz für weibliche Mitglieder pro Monat mehr als 500 beträgt haben das Recht für je weiteren 300 Marken eine Delegierte zu entsenden. Bruchteile über 150 werden als voll gerechnet.

b) Je eine Delegierte jeder Lokalorganisation, deren durchschnittlicher Markenumsatz für weibliche Mitglieder pro Monat mehr als 200 beträgt. Für je weitere 200 Marken besteht ein weiterer Anspruch auf eine Delegierte, wobei Bruchteile über 100 als voll zu rechnen sind.

Die Bestimmungen über die Grundlagen für die Berechnung der Zahl der Delegierten im § 26, Absätze b und c haben sinngemäß Anwendung zu finden.

2. Die Mitglieder des Frauengentralkomitees.

3. Zwei Vertreter des Parteivorstandes und eines Vertreters der Zentralstelle für das Bildungswesen.

Die grinsende Trake.

Roman von Victor Hugo.

24 Aus dem Französischen übersetzt von Eva Schumann.

Der Bettler drehte sich rasch um, da bewies ihm ein neuer Stoß zwischen die Rippen, daß ein Edelmann hinter ihm stand, und so ging es fort, jeder nach zu: hatte der Mann Blut überströmt in diesem Kreis von Gegenständen genau gelangt, so liehen sie ihn von einem Diener durchprügeln, um seinen Gedanken eine neue Wendung zu geben. Andre Herren wieder „Masthen den Löwen“, das heißt, sie hielten unter lautem Gelächter einen Vorübergehenden an, schlugen ihm mit der Faust die Nase platt und bohrten ihm beide Daumen in die Augen. Singen die Augen dabei drauf, so wurden sie ihm begahlt.

So vertrieben sich zu Anfang des achtzehnten Jahrhunderts die reichen Nichtstuer in London die Zeit. In Paris hatten sie andre Scherze. Herr von Charolais schloß von der Schwelle seines Hauses auf einen Bürger. Zu allen Zeiten hat sich die Jugend amüsiert.

Lord David Durr-Moix widmete diesen verschiedenen Vergnügungsarten seinen glänzenden sprühenden Geist. Wie andre auch verbrannte er fröhlich eine Sütte aus Holz und Stroß und feugte die Bewohner ein wenig an, aber er baute ihnen ihr Haus in Stein wieder auf. Es begab sich auch, daß er zwei Frauen im Theronips-Rath auf den Händen tanzen ließ; die eine war noch Mädchen — er gab ihr eine Mitgift; die andre war verheiratet — er verschaffte ihrem Mann eine Stelle.

Häufig besuchte Lord David die Vorkämpfe, dort war er die lebendige Kampfregel. Bei den großen Vorstellungen ließ er die Pfähle setzen und

die Seile spannen und gab die Maße des Kampfplatzes an.

Solcherart bereitete er sich auf das politische Leben vor, in dem er später eine Rolle spielen sollte. Es ist keine kleine Aufgabe, ein wirklicher Edelmann zu werden.

Lord David Durr-Moix hatte eine leidenschaftliche Vorliebe für alle Vorfahrungen auf Straßen und Wägen, für Gauslerbahnen und Buden mit seltsamen Tieren, für Seiltänzer, Spahmacher, Handwürste und Karren, für Kesselspiele und Nahmarktsiwunder. Der wahre Herr findet Geschmack am Mann aus dem Volk; deshalb besuchte Lord David Schenken und Gaunerwörter in London und den Hülf-Häfen. Wenn er sich in diese Tiefen des Volkes begab, trug er immer eine Matrosenjacke, damit er sich mit einem Matrosen oder Schiffsjungen rausen konnte, ohne seinem Offiziersrang etwas zu vergeben. Die kleinen Leute, mit denen Lord David bei solchen Gelegenheiten zusammenkam, achteten ihn sehr, wußten aber nicht, daß er Lord war. Sie nannten ihn Tom — Jim — Jack; unter diesen Namen war er bekannt und beliebt und hochberühmt bei diesem Lumpenvolk. Er machte sich gemein und blieb dabei überlegen. Gelegentlich teilte er Kunstschloß aus Lady Josiane kannte diese Seite seiner eleganten Lebensführung und fand großen Gefallen daran.

Ueber diesen Paar stand Anna, Englands Königin.

Die erste beste Frau — das war Königin Anna. Sie war heiter, wohlwollend, beinahe majestätisch. Keine ihrer guten Eigenschaften war eine wirkliche Tugend, keine ihrer Unvollkommenheiten war wirklich böse. Sie hatte eine schmale Stirn, funtliche Lippen, volle Wangen und große, kurzstichtige Augen. Die Kurzsichtigkeit kennzeichnete auch ihren Geist. Abgesehen von einem gelegentlichen Ausbruch heiterer Fröhlichkeit, der beinahe ebenso schwer wog wie ihr

Jorn, lebte sie in einer Art schweigenden Grölla dahin. Es erforderten ihr Worte, deren Sinn man erraten mußte. Sie war eine Mischung von guerer Frau und böser Teufelin.

Die Königin Anna groelte der Herzogin Josiane ein wenig — aus zwei Gründen.

Erstens, weil sie die Herzogin Josiane hübsch fand.

Zweitens, weil sie den Verlobten der Herzogin Josiane hübsch fand.

Zwei Gründe zur Eifersucht genügen für eine Frau: für eine Königin genügt ein einziger.

Und süßen wir noch hinzu: sie groelte ihr, weil sie ihre Schwester war.

Anna liebte es keineswegs, wenn die Frauen hübsch waren.

Sie fand, es widerspräche der guten Sitte.

Sie selbst war häßlich.

Nedoch nicht aus freier Wahl.

Ein Teil ihrer Religion hatte seinen Ursprung in dieser Häßlichkeit.

Die schöne gelassene Josiane war der Königin ein Dorn im Auge.

Eine hübsche Herzogin ist für eine häßliche Königin keine angenehme Schwester.

Sie hatte noch einen andern Grund, gegen Josiane eingenommen zu sein: ihre anstößige Geburt.

Aber Anna war freundlich gegen Josiane. Vielleicht hätte sie sie geliebt, wäre sie nicht ihre Schwester gewesen.

Es ist nützlich, zu wissen, was die einzelnen Menschen tun, und eine gewisse Ueberwachung ist wisse.

Josiane ließ Lord David ein wenig nachspionieren durch einen ihr ergebenen Mann, zu dem sie volles Vertrauen hatte; er hieß Barckphedro.

Lord David ließ Josiane diskret beobachten durch einen ihm ergebenen Mann, dessen er sich sicher fühlte; er hieß Barckphedro.

Auch die Königin Anna ließ sich im geheimen auf dem laufenden halten über das Tun und Treiben der Herzogin Josiane, ihrer Halbschwester, und des Lords David, ihres zukünftigen Schwagers linker Hand; es geschah durch einen ihr ergebenen Mann, auf den sie Häuser baute; er hieß Barckphedro.

Barckphedro spielte auf dieser Klaviatur: Josiane, Lord David, Königin Anna. Ein Mann zwischen zwei Frauen. Welche Möglichkeiten! Welche Seelenverwirrung!

Barckphedro war nicht immer in dieser herrlichen Lage gewesen, der Vertraute dreier wichtiger Personen zu sein.

Er war ein früherer Bediensteter des Herzogs von York. Er hatte Priester werden wollen, aber es war ihm mißglückt.

Ein dunkles Bedientenleben, das jedoch seinen Mann nährte, war lange Zeit hindurch das ganze Dasein Barckphedros. Das ist schon etwas — aber ihn gelüstete nach Macht.

Barckphedro kämpfte um sein Dasein. Alles, was Geduld im Elend anziehend macht, besah er in hohem Maße; außerdem besah er das Talent der Tenniste, einen Gang von unten nach oben zu bohren. Zudem er den Namen Jakobs II., Erinnerung, Treue und gerühmte Stimmungen geschickt verteilte, gelang es ihm, bis zur Herzogin Josiane vorzubringen.

Josiane war gnädig gegen diesen Mann, der Not litt und Geist hatte, zwei Dinge, die Herzen erweichen können. Sie stellte ihn Lord Durr-Moix vor, nahm ihn in ihr Hausgefinde auf, war gut gegen ihn und sprach sogar manchmal mit ihm. Er wurde eine Art Vertrauter in Josianes Privatgemächern, unbemerkt und niemals störend; die Herzogin hatte beinahe das Hemd vor ihm gewechselt. Aber all das war noch unsicher. Barckphedro hatte es auf eine Stellung abgesehen.

(Fortsetzung folgt.)

- 4. Je zwei Vertreter des Klubs der Abgeordneten und Senatoren, wobei die weiblichen Mitglieder entsprechend zu berücksichtigen sind.
 - 5. Zwei Vertreter des Jugendverbandes.
 - 6. Zwei Vertreter des Arbeitervereines „Kinderfreunde“.
 - 7. Ein Vertreter der von der Partei anerkannten Parteiofgane.
 - 8. Zwei Vertreter des Verbandes der Arbeiterführer.
 - 9. Je ein Vertreter der Zentralgewerkschaftskommission, der ihr angeschlossenen Zentralverbände und ihrer Fachblätter.
 - 10. Je ein Vertreter des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und der genossenschaftlichen Frauenzeitung.
 - 11. Die vom Frauenratskomitee berufenen Referenzen. Zugelassen sind nur solche Delegierte, die in den Punkten 9 und 10 Genannten, die Parteimitglieder sind.
- Die Vertreter der in den Punkten 8 bis 10 angeführten Blätter, sowie die im Punkte 11 Genannten haben bloß beratende Stimme.
- § 36. Zu den Aufgaben der Frauenratskonferenz gehört:
- a) Entgegennahme des auf die Frauenbewegung und die Verwaltung der „Sozialdemokratie“ bezug habenden Berichtes.
 - b) Beratung über die Richtlinien für die Parteitätigkeit auf dem Gebiete der Frauenbewegung.
 - c) Die Wahl des Frauenzentalkomitees.
- Die Berichte und Anträge sind dem Parteitag zur Beschlussfassung vorzulegen.

Parteivertretung.

§ 37. Der Parteitag wählt die Parteivertretung, deren Mandatszahl jeweils vom Parteitag festgesetzt wird. Der Parteitag wählt außerdem für je zwei Delegierte einen Ersatzmann. Ein an der Teilnahme an der Sitzung verhindertes Mitglied hat dies ungeachtet dem Parteisekretariate mitzuteilen, welches dann an seine Stelle einen Ersatzmann einsetzt. Der Vorsitzende der Parteivertretung ist auf dem Parteitag zu wählen.

Der bisherige § 33 wird als Absatz 2 eingeschaltet.

Der bisherige zweite Absatz des § 32 wird als Absatz 3 eingeschaltet, wobei immer an Stelle des Wortes „Parteivorstand“ das Wort „Parteivertretung“ einzufügen ist.

Der bisherige § 34 wird als Absatz 4 eingeschaltet; anstatt des Wortes „Parteivorstand“ ist einzufügen „Parteivertretung“.

Der bisherige § 35 wird als Absatz 5 eingeschaltet in folgender Fassung: Der Vorsitzende der Parteivertretung und in seiner Verhinderung dessen Stellvertreter, vertritt die Partei nach außen und leitet alle Geschäfte der Parteivertretung, sonst wie im Urtext.

Der bisherige § 36 ist zu streichen.

Der bisherige § 37 wird als Absatz 6 eingeschaltet. Anstatt „Parteivorstand“, „Parteivertretung“.

Der bisherige § 38 wird als selbständiger Paragraph behandelt, wobei das Wort „Parteivorstand“ durch „Parteivertretung“ zu ersetzen ist.

Parteivorstand.

§ 39. Zwölf vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den Parteivorstand, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen und die der Parteivertretung vorbehaltenen Pflichten dringlicher Natur gegen nachträgliche Genehmigung durch die Parteivertretung zu erledigen hat. Der Vorsitzende der Parteivertretung ist auch Vorsitzender des Parteivorstandes.

Parteikontrolle.

§ 40. Bisheriger § 40 und § 41.

Kontrolle der Presse und Parteibetriebe.

§ 41. Der Parteitag ernennt eine aus drei bis fünf vorgebildeten Parteimitgliedern bestehende Kontrolle, deren Aufgabe es ist die Beobachtung der Presse, der Organisationen und Unternehmungen der Partei einer systematischen Prüfung zu unterziehen. Ueber das Ergebnis der Revision ist dem Parteivorstand regelmäßig Bericht zu erstatten. Die Mitglieder dieser Kontrolle können an allen Sitzungen der Parteivertretung, des Parteivorstandes und der Parteikontrolle mit beratender Stimme teilnehmen.

Frauenzentalkomitee.

§ 42. Die Frauenkonferenz (§ 35) wählt das aus 10 Mitgliedern bestehende Frauenzentalkomitee. Die Wahl ist gemäß der Bestimmung des § 34 vorzunehmen und dem Parteitag zur Bestätigung vorzulegen.

Das Frauenzentalkomitee ist mit der Leitung der Parteitätigkeit auf dem Gebiet der Frauenbewegung betraut und hat in diesem Einvernehmen mit der Parteivertretung zu wirken.

Parteikonferenz.

§ 43. Die Parteivertretung hat das Recht in dringenden Fällen die Parteikonferenz einzuberufen. Zur Teilnahme an dieser Konferenz sind berechtigt: Je ein Delegierter der Kreis- und Bezirksorganisationen, die Mitglieder der Parteivertretung, der Parteikontrolle und des Frauenzentalkomitees. Je zwei Vertreter des Klubs der Abgeordneten und Senatoren, des Sozialistischen Jugendverbandes, des Arbeitervereines „Kinderfreunde“, der Zentralgewerkschaftskommission, des Verbandes deutscher Wirtschaftsgenossenschaften und des Verbandes der Kleinbauern und Hausier. Die Vertreter der von der Partei anerkannten Parteipresse. Ueber das Stimmrecht gelten die analogen Bestimmungen für den Parteitag.

Parteiauswahl.

§ 44. Bisher § 44, an Stelle des Wortes „Reichsauswahl“ ist einzufügen „Parteiauswahl“. Der Schlussatz lautet: „Dem Parteiauswahlkomitee obliegt die Entscheidung über Kandidaturen für das zweite und dritte Stratum für die Wahlen zur Nationalversammlung.“

Blotade des russischen Konsulats.

Die Ein- und Ausgehenden werden streng untersucht.

Moskau, 8. April. (Tag.) Nach Meldungen aus Schanghai erschienen Mittwoch, den 6. ds. M. abends neben dem Sowjetkonsulat verstärkte Polizeipatrouillen der internationalen Ansiedlung. Vorübergehende Chinesen werden untersucht.

Eine andere Meldung aus Schanghai besagt, das Konsulat der Sowjetunion sei von bewaffneten russischer Weisgardisten und englischen Militärausgebot umringt, die alle ein- und ausgehenden Personen untersuchen. Der Generalkonsul der Sowjetunion in Schanghai legte beim Doyen des Konsularkorps und beim chinesischen Augenscheinungskommissar Protest ein.

Nach einer weiteren Meldung aus Schanghai besuchte der Konsulnarr der Regierung in der Provinz Jiangsu Kuotaichi Donnerstag, den 7. ds. M. um 8 1/2 Uhr früh den Generalkonsul der Sowjetunion in Schanghai Linde und erzählte, er sei bereits früher eingetroffen, habe jedoch nicht in das Gebäude des Konsulats gelangen können, da er sich geweigert habe, sich von dem Konsulatgebäude unringenden Kommunisten untersuchen zu lassen. Kuotaichi begab sich zum englischen Konsul Verton, der jedoch erklärte, nichts hiervon zu wissen.

Partei- und Parteipresse.

§ 45. Bisher §§ 45-47 mit folgendem Nachtrag: „Zur Anerkennung als Parteiblatt bedarf es des Beschlusses eines Parteitag.“

Kandidaturen.

§ 46. Bisheriger § 48, an Stelle des Wortes „Reichskonferenz“ zu setzen „Parteikonferenz“.

Als zweiter Absatz ist einzufügen:

Die Aufstellung der Kandidaturen bei Wahlen, die sich auf mehrere Kreisgebiete erstrecken, erfolgt durch die Parteivertretung, und zwar auf Grund von Vorschlägen, die seitens des für diesen Zweck einzusetzenden Wahlkomitee zu erstatten sind. In dieses Wahlkomitee entsenden in jedem der Kreisorganisationen Bodenbach, Karlsbad, Teplitz je drei, die Bezirksorganisationen Ries und Trautmanitz je zwei, die Kreisorganisation Rudweis und Landstern je einen Delegierten; in Wöhren die Kreisorganisation Brünn, Sternberg und Troppan je drei Delegierte! Die Wahl dieser Delegierten hat die betreffende Kreisorganisation vorzunehmen und sie der Parteivertretung bekanntzugeben. Die Einberufung des Wahlkomitees erfolgt durch das Parteisekretariat. Die Parteivertretung hat das Recht in dieses Wahlkomitee drei Vertreter zu entsenden.

Der bisherige § 49 wird als Absatz drei eingeschaltet.

Es ist folgender Absatz neu einzuschalten:

Bei Kandidaturen ist folgender Grundsatz zu beachten. Das Mandat für die Nationalversammlung ist mit einem öffentlichen Mandat unvereinbar, das mit Verwaltungsfunktionen verbunden ist. Als Mandatdarsteller können nur Parteimitglieder in Betracht kommen, die mindestens eine fünfjährige Parteimitgliedschaft aufweisen. Ausnahmen können nur individuell durch Beschluss der Parteikonferenz zugelassen werden.

Schiedsgerichte.

a) Zusammenfassung.

§ 47. Der Parteitag, sowie die Kreisorganisationen setzen Schiedsgerichte ein. Die Mitglieder der Schiedsgerichte werden in den Kreisorganisationen und auf dem Parteitag gewählt.

Die Zahl der zu wählenden Schiedsrichter wird von der sie wählenden Körperschaft festgesetzt. Die Mindestzahl ist zehn.

Zwei ein Schiedsgericht zusammenzutreten, dann wählen die beiden Streitparteien zu gleichen Teilen aus den gewählten Schiedsrichtern diejenigen aus, die den Streitfall anstragen sollen.

Den Vorsitzenden bestimmt von Fall zu Fall der Vorstand der Organisation, die das Schiedsgericht einsetzt. Er muß der Liste der ständigen Schiedsrichter entnommen werden.

Jedes Schiedsgericht muß aus mindestens zwei Beisitzern und einem Vorsitzenden bestehen.

Unterläßt ein Streitteil die Namhaftmachung der Beisitzer innerhalb von zwei Wochen nach der an ihn gerichteten Aufforderung, dann kann der Vorstand der Organisation, die das Schiedsgericht einsetzt, die fehlenden Beisitzer bestimmen.

Hat ein Schiedsgericht über ehrenrührige Anwürfe gegen ein Parteimitglied zu entscheiden, also als Ehrengericht zu fungieren, dann werden sämtliche Beisitzer vom Vorstand der Organisation, die das Schiedsgericht einsetzt, bestimmt.

Der Parteivorstand kann auf Verlangen einer Kreisorganisation oder aus eigenem Entschluß ein Schiedsgericht oder Ehrengericht einsetzen, dessen Zusammensetzung in der gleichen Weise erfolgt, wie bei dem Schiedsgerichte der Kreisorganisation.

b) Wirkungskreis.

§ 48. Den Schiedsrichtern obliegt die Beilegung von Streitigkeiten unter Parteimitgliedern oder Parteioorganisationen oder Vertretern von Parteioorganisationen; die Entscheidung über Anträge auf Ausschließung aus einer Organisation oder aus der Partei sowie die Entscheidung über andere zu verhängende Strafen.

c) Befugnisse.

§ 49. Die Schiedsgerichte können nach durchgeführtem Verfahren (die Einzelheiten des Verfahrens regelt die vom Parteivorstand herausgegebenen Leitfäden) erkennen auf:

1. Erteilung einer Klage oder einer Verwarnung.
2. Aberkennung des Rechtes, Parteifunktionen auszuüben für eine bestimmte Zeit oder für immer.

wissen. Darauf begab sich Kuotaichi zum Polizeichef der Municipalität, wo ihm ein Begleiter mitgegeben wurde, der zusammen mit Kuotaichi eintrat und dessen Abfahrt aus dem Konsulat abwartete.

Das Konsulat ist noch immer umringt. Telegramme und Briefe werden von der Polizei abgenommen. In das Konsulatgebäude ist die Polizei aber bisher noch nicht eingedrungen. Die Lage ist überaus gespannt.

Schanghai, 8. April. (Reuter.) Die städtische Polizei gestattete zahlreichen Funktionären des Sowjetkonsulats, das Gebäude zu verlassen, aber nur unter der Bedingung, daß sie vorher untersucht werden. Denjenigen, die sich weigerten, die Untersuchung an sich vornehmen zu lassen, wurde das Verlassen des Gebäudes verweigert. Der sowjetrussische Generalkonsul in Schanghai Linde erklärte Journalisten gegenüber, daß er über die Tat der städtischen Polizei empört sei, und teilte mit, daß die Konferenz des diplomatischen Korps, die morgen zusammentrete, die notwendigen Vorkehrungen treffen werde.

3. Ausschließung aus der Organisation, der der Schuldtragende angehört. In diesem Falle kann das betreffende Parteimitglied einer anderen Parteioorganisation, aber nur mit Zustimmung ihres Vorstandes, beitreten.

Die Ehrengerichte haben nur festzustellen, ob eine ehrenrührige Anschuldigung gegen ein Parteimitglied berechtigt ist oder nicht.

d) Instanzenzug.

§ 50. Gegen ein Erkenntnis des Schiedsgerichtes einer Kreisorganisation gemäß Punkt 1 oder 2 des § 49 kann von beiden Streitparteien innerhalb vier Wochen ein Rekurs an das Schiedsgericht der Parteivertretung eingebracht werden, deren Schiedsgericht endgültig entscheidet. Falls ein Schiedsgerichtserkenntnis auf Ausschluß aus der Organisation lautet, ist der Parteitag die zweite und letzte Instanz. Rekursanträge an ihn müssen mindestens drei Wochen vor seinem Stattfinden zu Händen der Parteivertretung eingebracht werden.

e) Wiederaufnahme des Verfahrens.

§ 51. Gegen das Urteil eines Schiedsgerichtes kann eine Wiederaufnahme des Verfahrens nur eingeleitet werden, wenn sie der Vorstand der zuständigen Bezirks- oder Landesorganisation oder der Parteivorstand verlangt.

Ausschließung aus der Partei.

§ 52. Der Partei kann nicht angehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogrammes oder die Interessen der deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei schuldig macht, einer anderen Partei angehört, für eine andere Partei tätig ist oder eine ähnliche Handlung begangen hat.

Der Antrag auf Ausschließung eines Parteimitgliedes aus der Partei ist bei der Parteivertretung einzubringen. Er kann nur von einer Lokal-, Bezirks- oder Kreisorganisation oder von der Parteivertretung, nicht aber von einzelnen Parteigehörigen, gestellt werden. Die Kreisorganisation hat zur Entscheidung über den Antrag ein Schiedsgericht (§ 47, Absatz 4) einzusetzen.

Gegen eine Entscheidung dieses Schiedsgerichtes steht, wenn sie auf Ausschluß aus der Partei lautet, beiden Teilen die Berufung an ein Schiedsgericht der Parteivertretung zu. Erkennt auch dieses auf Ausschluß, so steht die Berufung an den nächsten Parteitag offen.

Unterliegt es das Parteimitglied, dessen Ausschluß verlangt worden ist, innerhalb zwei Wochen vom Tage der Verständigung durch die Kreisorganisation seine Schiedsrichter auszuwählen (§ 47) oder verzichtet es ausdrücklich auf die Einsetzung eines Schiedsgerichtes oder erhebt es die Berufung gegen die Ausschließungsentscheidung des Schiedsgerichtes nicht innerhalb von vier Wochen, so gilt es ohne weiteres als ausgeschlossen.

§ 53. Die Entscheidung des Schiedsgerichtes hat keine aufschiebende Wirkung. Es ist daher diese Entscheidung sofort in Vollzug zu setzen.

Bekanntmachung.

§ 54. Von jedem erfolgten Schiedspruch eines Schiedsgerichtes ist die Parteivertretung durch die Kreisorganisation zu verständigen.

Die Parteivertretung entscheidet darüber, ob und in welcher Form die Veröffentlichung des Schiedspruches zu erfolgen hat.

Streichung aus den Mitgliederlisten.

§ 55. Mitglieder, die länger als drei Monate mit den Beiträgen im Rückstande sind, können von ihrer Lokalorganisation aus der Mitgliederliste gestrichen werden. In Fällen von Arbeitslosigkeit oder Krankheit können die Beiträge im Einvernehmen mit der Bezirksorganisation gestundet werden.

Tritt ein Mitglied, das sich nicht mehr zu den Grundsätzen des Parteiprogrammes bekennt, nicht aus eigener Initiative aus, so kann die Parteivertretung auf Antrag des Parteivorstandes die Organisation seines Wohnortes mit der Streichung seines Namens aus den Mitgliederlisten beauftragen.

Wiedereintritt.

§ 56. Der Antrag auf Wiederaufnahme eines aus der Partei Ausgeschlossenen kann nur von einem Parteimitglied gestellt werden und ist an den Ausschluß der Organisation zu richten, welcher der Ausgeschlossene seinerzeit angehört hatte. Auf Grund

des Gutachtens dieser Organisation sowie der des letzten Wohnortes des Ausgeschlossenen stellt die zuständige Kreisorganisation der Kreisorganisation einen Antrag.

Gegen eine ablehnende Entscheidung der Kreisorganisation ist die Berufung an den Parteitag zulässig, welche bei der Parteivertretung einzubringen ist.

Die Aufhebung eines Beschlusses auf Ausschließung aus der Organisation oder auf Funktionseinstellung kann nur durch den zuständigen Parteitag und nach Anhörung derjenigen Parteioorganisation geschehen, von der seinerzeit der Antrag gestellt oder der Beschluß gefaßt wurde. Gegen eine ablehnende Entscheidung ist die Berufung an den Parteitag zulässig, der endgültig entscheidet.

Die Parteioorganisationen sind berechtigt, zu beschließen, daß Parteimitglieder, die der Partei bereits früher angehört haben und aus ihr ausgeschlossen wurden oder ausgetreten sind, nach ihrem Wiedereintritt eine bestimmte Zeit hindurch keine Funktionen übernehmen dürfen.

Fälle von besonderer Bedeutung.

§ 57. In Fällen von besonderer Bedeutung kann die Parteivertretung einem von ihr eingesetzten Ehrengericht die Entscheidung über ehrenrührige Anwürfe gegen ein Parteimitglied übertragen. In diesem Falle ist ein etwa bereits bei einer Kreisorganisation eingeleitetes Verfahren sofort abzubrechen.

Verhalten gegenüber bürgerlichen Gerichten.

§ 58. Einen Verstoß gegen die Interessen der Partei begeht derjenige, welcher bei einem bürgerlichen Gericht eine Klage in einer Sache anhängig macht, die gemäß §§ 47, 48, 49 oder 57 zu behandeln ist.

b) Zur Erhöhung des Parteibeitrages.

Der Parteitag beantragt im Sinne der vom Aufseher Parteitag gefaßten Beschlüsse:

Der Parteibeitrag wird vom 1. Juli 1927 ab mit K 250 monatlich festgesetzt. Der bisherige Beitrag von 4 bzw. 6 K für besser bemittelte Parteimitglieder wird mit 5 und 10 K festgesetzt. Dieser Beitrag ist wie folgt aufzuteilen:

	a) bei K 250	b) bei K 500	c) bei K 1000
Reichswahlfonds	—10	—10	—10
Kreiswahlfonds	—10	—30	1—
Reichsparteibeitrag	—30	—80	2—
Beitrag für die „Sozialdemokratie“	—25	—25	—25
Reichsbildungsbeitrag	—10	—30	—50
Bezirks- und Kreisorganisationsbeitrag	—20	1—	215
Bezirks- und Kreisorganisationsbeitrag	135	225	4—

Die Aufteilung des Beitrages zwischen Bezirks- und Kreisorganisationen wird den Beschlüssen der Kreisorganisationen überlassen, doch darf der für die Kreisorganisation bestimmte Betrag nicht mit weniger als 30 Heller monatlich festgesetzt werden. Bei den 5 und 10 K-Marken hat der Anteil der Kreisorganisation 50 Heller, bzw. 1 Krone zu betragen.

Die Beitragsmarke ist durch das Parteisekretariat zum Preise von 75 Heller, bzw. K 145 und 285, zu beziehen. Die auf den Kreiswahlfonds entfallenden, mit 10 Heller für Beitragsmarken festgesetzten Beträge sind durch die Kreisorganisation separat zu verwalten und sind im Bedarfsfalle zur Durchführung von Wahlen dem Bezirke zur Verfügung zu stellen.

Die Beitragsmarken sind alljährlich neu auszugeben und mit dem betreffenden Geschäftsjahr zu versehen. Die einzelnen Organisationen haben die in einem Jahr zurückgebliebenen und nicht verwendeten Marken längstens bis zum 15. August des nächstfolgenden Jahres an das Reichsparteisekretariat im Wege der zuständigen Bezirks- und Kreisorganisation zurückzustellen.

Die Verwaltung der Bezirkswahlfonds wird von nun ab den Kreisen übertragen und es haben die Bezirke die bei ihnen zurückgebliebenen Wahlfondsbeiträge mit 1. Juli 1927 den Kreisen zu überweisen. Den Lokalorganisationen wird es zur Pflicht gemacht, dafür Sorge zu tragen, daß alle besser finanzierten Genossen und Genossinnen Marken zu 5 und 10 K abgeben. Die Eintreibung dieser Beiträge hat auf Grund eigener Sammelandweise durch eigene hierzu bestellte Kassiere zu erfolgen.

Den nachweisbar arbeitslosen und vermögenslosen Parteimitgliedern wird die Beitragszahlung für die Dauer der Arbeitslosigkeit gestundet und es werden ihnen unentgeltlich eigene Marken durch die Kreisorganisation, der die Namen dieser Mitglieder bekanntgegeben sind, zugestellt.

c) Zu Anträge und Anträgen.

Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand wird ermächtigt, mit 1. Juli 1927 an sämtliche Parteimitglieder monatlich unentgeltlich ein Blatt unter dem Titel „Arbeitslosigkeit“ abzugeben, welchem vornehmlich die Aufgabe zukommen soll, sozialistische Schulung zu vermitteln. Die Mitglieder über die wichtigsten politischen Probleme zu informieren und dringende, allgemeine Weisungen für organisatorische und agitatorische Tätigkeit zu erteilen. Das Blatt hätte am 20. des Vormonates mit dem Datum des ersten des nächstfolgenden Monats zu erscheinen und den Lokalorganisationen so zugestellt zu werden, daß es durch die Zusaffanen des Parteibeitrages den Mitgliedern zugestellt werden kann.

d) Zu „Anträge und Anträgen“.

Der Parteitag beschließt:

Der Parteivorstand wird ermächtigt, in einem ihm geeignet erscheinenden Zeitpunkt ein wissenschaftliches Organ herauszugeben. Voraussetzung für die Herausgabe dieser Zeitschrift ist die finanzielle Fundierung.

Senat.

Zweite Lesung der Wehrvorlagen. — Wie die Deutschbürgerlichen den deutschen Arbeitsplatz verteidigen.

Prag, 8. April. Der Senat erledigte heute vormittags in einer kurzen Sitzung zunächst einige Immunitätsfälle und stimmte dann in zweiter Lesung über die Wehrvorlagen ab. Dabei zeigten sich die deutschbürgerlichen Regierungsparteiler als mannhafteste Verteidiger des deutschen Arbeitsplatzes im hellsten Licht. Bekanntlich hatten sich die Slowaken vom Verteidigungsminister im Ausschuss ausdrücklich die Zusicherung geben lassen, daß in der Slowakei nur Unteroffiziere slowakischer Nationalität angestellt werden sollen. Was wäre da näher gelegen, als einen ähnlichen nationalen Schlüssel überhaupt für das ganze Staatsgebiet und damit auch gleichzeitig für die deutschen Gebiete durchzusetzen? Doch weit gefehlt: Der vielgerühmte Einfluß der Regierungspartei reichte zu einer solchen Forderung nicht im entferntesten aus; so was können zwar die Slowaken mit 23 Mandaten durchsetzen, nicht aber die Deutschen mit ihren 37 Stimmen. Kollege Udrzkal war zu irgend einer auch gänzlich unverbindlichen Zusage in dieser Richtung nicht zu bewegen.

Um den Landbauern und Kleinrentnern nun doch ein bißchen das Rückgrat zu stärken, brachte Genosse Joll zu dem Zertifikatsgesetz folgende Resolution ein:

„Die zur Verfügung stehenden Stellen in der Slowakei sind mit Unteroffizieren slowakischer Nationalität, die zur Verfügung stehenden Stellen in den übrigen Gebieten des Staates mit Bewerber jener Nationalität zu besetzen, zu der sich die Mehrheit der Bevölkerung des betreffenden Bezirkes entsprechend dem Wahlergebnis vom Jahre 1925 bekennt.“

Man hat leider Erfahrungen, wie die Regierung Resolutionen der Nationalversammlung zu behandeln pflegt: Wenn sie ihr nicht passen, dann kümmert sie sich einfach nicht um sie und mag denken, wie Gott was steben. Die Zustimmung der deutschen Regierungspartei zu dieser Resolution hätte also noch lange nichts Koalitionserlöschendes zur Folge gehabt; aber sie hätten sich wenigstens vor den wenigen Leichtgläubigen, die sie unter ihren Wählern noch besitzen mögen, einigermaßen ausweisen können: Schaut, wir haben uns sogar getraut, unsere Koalitionspartner wenigstens ganz unverbindlich um Berücksichtigung des deutschen Elementes bei der Anstellung von Unteroffizieren zu bitten!

Aber nicht einmal das durften die großmütigen Herren von den deutschen Regierungsbänken tun; sie suchten auf die aufmunternden Zwischenrufe unserer Genossen hin verlegen die Ähseln und stimmten die Resolution kaltblütig nieder! So ein unangenehmer Moment geht ja bald vorüber, außerdem winken die Ferien, in denen man ja draußen in Verfassungen wieder tüchtig den Mund aufreißen kann, welche Wunder man im alleinigen Interesse des Gesamtvolkes schon wieder verrichtet habe. Es wird empfehlenswert sein, bei derartigen Gelegenheiten den Herrschaften die Resolution Joll gütigend in Erinnerung zu bringen!

Zum Schluß, ausgerechnet nach der endgültigen Abstimmung über die Wehrvorlagen, wollte Herr Senatspräsident Hruban mit viel Pathos den „Gottesfrieden des Roten Kreuzes“ den aufstrebenden Senatoren verkünden; leider hatten diese wenig Verständnis für derartige Augenaußsicherungen und so mußte Herr Hruban gegen die ironischen Zwischenrufe unserer Genossen wiederholt die Wade in Bewegung setzen. Die Heiterkeit ging in ein schallendes Gelächter über, als Hruban den aufstrebenden Senatoren fröhliche Ostern und „ein fröhliches Hallelujah“ wünschte. Das ostentativ einsehende Händeklatschen der Koalition konnte die verpatzte Situation auch nicht mehr heranzureißen.

Damit hatte der Senat seine vorläufige Session beendet. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich erst am 3. Mai stattfinden.

Militarismus — Gottesfriede!

Das Finale der vorläufigen Senatssitzungen stand vollständig im Zeichen des Moschdienstes. Die „Landesverteidigung“ und ihr Minister konnten die reiche Ernte des Militarismus einheimen. Unter Zustimmung und Beihilfe der frommen Christlichsozialen wurde die 18monatige Militärdienstzeit für die Zukunft festgelegt, unter Beistand einer nationalen und politischen Würdelosigkeit der deutschen Vorkämpfer, die alles bisherige in Schritten stellt, auch auf dem deutschen Arbeitsplatz für tschechische Unteroffiziere Raum geschaffen und die Tschechisierungsmöglichkeiten verstärkt für die wackeren Großkagartierfröhchen das Privilegium einer kurzen Leberwurstzeit festgelegt, und vor allem den Geist des Militarismus — man verzeihe den Gebrauch des Wortes Geist in dieser Verbindung mit dem Ungeistigen — ein Triumph besetzt. Aber dieser Triumph wäre kein vollständiger, wenn er nicht auch noch mit einer Verhöhnung des Friedensgedankens geschlossen hätte. Raum war die Abstimmung über die militärischen Vorlagen beendet, noch war der Mund des Senatsvorsitzenden, der im Abstimmungsergebnis den Sieg des Krieges mitteilte, nicht geschlossen, und schon verkündete er die überliche Gottesfriedeverkündigung des Roten Kreuzes, diese Heuchelei eines dreitägigen Friedensbekenntnisses in einer Welt militärischer Gewalttätigkeit, unumwogener Kriegssituationen, Erfüllung der Menschen mit neuem Militärgeist. Wie eine

Verstümmelung dieser grandiosen Heuchelei mußte es wirken, daß der der sterilen Partei angehörige Präsident Dr. Hruban den Friedensgruß des Roten Kreuzes vermittelte, die Regierungspartei, die deutschen und tschechischen — die Heuchelei einer auf Gottesfriede bedachten Gesellschaft annahm und darob verärgert waren, daß das Hohngelächter der Opposition die Komödie in die richtige Beleuchtung rückte. Doch das hinderte den auf die Durchführung des ganzen Programms bedachten Vorsitzenden nicht, seine Rede mit dem Abschiedsgruß Hallelujah zu schließen. Militarismus, Gottesfriede, Hallelujah! Im Bekenntnis zu solcher Dreieinigkeit schloß die neue Regierungsgemeinschaft in würdiger Weise ihre diesmalige Tätigkeit.

Vor der eigenen Tür lehren!

Der Redaktion des „Ceske Slovo“ mag der gestern von uns veröffentlichte Brief unseres parlamentarischen Klubs, der die Zweipartigkeit der nationalsozialistischen Opposition mit aller Deutlichkeit anprangert, gewaltig gegen den Strich gegangen sein, und so wurde gleich in der Abendausgabe dieses Blattes, das sich an sensationeller Aufmachung von Raubmorden usw. würdigt mit der „Kronzeitung“ messen kann, die Giftspitze gegen Genossen Dr. Czech in Bewegung gesetzt, das untrügliche Kennzeichen, daß dem „Ceske Slovo“ aber schon gar keine erst zu nehmenden Argumente gegen den von uns eingebrachten Mißtrauensantrag zur Verfügung stehen. Dem Schreiber der Notiz „Der Held des Tages“ sind anscheinend jene glanzvollen Zeiten mit jeder Einzelheit unvergänglich ins Gedächtnis geprägt, als seine Partei noch warm in der Koalition saß und die Hand des Allmächtigsten dieser Koalition noch schirmend jenseitigen Verdeckte, die heute wie ein eierndes Geschwür aufbrechen und ihr böses Nachspiel vor Gericht haben.

In jenen seltsamen Zeiten lief ein ewig lächelndes, geschneigetes Herrchen wie ein Windhund in den Couloirs des Parlaments herum und machte sich bei jeder möglichen und unmöglichen Gelegenheit so breit und artig, als er nur immer konnte. Gabs Differenzen in der Koalition oder gar eine Obstruktion im Sitzungssaal, so wendete der gewisse Herr Minister, der so mächtig war, daß er sogar die langsamsten Schnellzüge nach Belieben im Ruin anhalten konnte, mit direkt atembeklemmender Geschwindigkeit zwischen den Bänken der Regierungsparteien hin und her, tuschelte da und dort, gestikulerte heftig auf seine unglücklichen Opfer ein und fühlte sich im Licht der Öffentlichkeit wie ein kleiner Hercules, auf dessen Schultern die ganze Tschechoslowakei ruhte. Die Erinnerungen müssen dem Schreiber jener Notiz im Unterbewußtsein verankert haben, als er seinen ganzen Witz auf die phantastische Ausmalung der Situation verschwendete, wie Genosse Dr. Czech die 102 Unterschriften auf den Mißtrauensantrag sich beschafft haben soll.

Die Herren Nationalsozialisten können das Oppositionsmachen natürlich ganz anders. Sie haben wohl auch, um die „Granikari“ nach Möglichkeit den Nationaldemokraten wegzuschlappen, gegen die Aufhebung des Soldatenwahlrechtes gesprochen und sogar dagegen sich zu stimmen getraut, aber Konsequenz ist ihre starke Seite nicht. Kommt eine Gruppe der Opposition dann wirklich mit einer Aktion, die der jetzigen Regierung etwas unangenehmer werden könnte als ein paar Hände mehr oder weniger bei einer Abstimmung, die so wie so die Mehrheit gesichert hat, dann stecken die Herren aus der Umarmung des „Ceske Slovo“ und des Herrn Groh schleunigst um und fallen mit dümmen Wüten über den Antragsteller her, um die Geschlossenheit und Einheitslichkeit dieser Aktion zu untergraben.

Dabei scheinen sie nicht zu sehen, daß schon die Spaten auf den Dächern über die „Opposition“ lachen, die die Herren Nationalsozialisten betreiben. Bieleicht malt sich der Schreiber der „wichtigen“ Notiz selbst einmal das Bild eines geprägten

Dackels aus, den sein Herr mit einem Fußtritt vor die Tür geworfen hat und der nun winselnd und schweißbedeilt vor der Tür stehend voll Ungeduld auf den Augenblick wartet, da er wieder in Gnaden hereingelassen wird und seinem Herrchen wieder Männchen vormachen kann. Das ist leider kein Bild für ein Blatt, sondern ein sehr trauriges Kapitel aus der Geschichte der tschechischen Innenpolitik; darüber sollten dem „Ceske Slovo“ blöde Waise über andere Parteien und deren Führer wirklich vergehen!

Wallfahrt nach Rom. Bethlen und Mussolini.

Rom ist heute nicht nur das Zentrum der katholischen Welt, die Urmatte aller Jesuiten und jedes Pflasterregiments, die große Fabrik, in der Parteien und Claque, Wahlen und Revolution, Putzche und Intrigen aus der Taufe gehoben werden. Rom ist heute auch das Zentrum der faschistischen Welt, und die Anbeter Mussolinischer Gewaltmethoden pilgern nach Rom, um auf den blutigen Spuren faschistischer Feldmatten, vor den Augen des Duce die höchste Weihe ihres Gewerbes und ihrer „Gesinnung“ zu erhalten. Sie kommen aber auch zu sehr realen Zwecken.

Die Reise des Grafen Bethlen, des Beschüßers der Mörder und Barons der Frankensalcher, unter dessen Regime Leute einer Gesinnung wegen vor das Standgericht kommen und den oppositionellen Abgeordneten systematisch nachgestellt wird, um ihnen das Mandat zu rauben, dieses edlen Sprossen der magyarischen Gentry, zu Mussolini ist nicht nur ein Akt der Huldigung und sozusagen ein Mittel der „sittlichen Stärkung“ des ungarischen Regimes, sondern der wunderbaren Quelle faschistischen Nordbrüderturns, die Reise des Stefan Bethlen dient sehr handgreiflichen Zwecken.

Ungarn sucht seit Jahren einen Ausweg aus der Isolierung, in die es durch den Krieg und durch seine eigene kriegerische und reaktionäre Politik geraten ist. An seine Nachbarstaaten im Westen konnte es nur Anstoß finden, wenn es ernstlich auf die Wiedereroberung der Slowakei und vor allem des deutschen Burgenlandes verzichtete. Mit Rumänien konnte es sich am ehesten verständigen. Aber auch da waren die Reibungsflächen zu groß, eine direkte Verständigung war nicht gut möglich. Den Jugoslawen biederete sich Ungarn im Vorjahr an, die Freundschaftsbeziehungen wurden aber in Agrar und Weidgras mit gemischten Gefühlen entgegengenommen. Denn wenn Ungarn selbst auf Kroatien dauernd verzichten würde, die Wegnahme des Banats und der Wojwodina wird ein reaktionäres Ungarn nicht verschmerzen. Sei Jahren aber bereitet sich die freundschaftliche Annäherung Ungarns an Italien vor. Die imperialistischen Interessen beider Staaten begegnen einander auf halbem Wege. Beide wollen Jugoslawien schwächen, beide nach Tunlichkeit auch Oesterreich niederhalten oder bei Gelegenheit eines Teiles seiner Länder berauben. Zu diesen gemeinsamen Kampfszielen kommt die Gleichheit der politischen Systeme in beiden Ländern. Die von der Kulturwelt Verächtmten reichen einander die Hand. Es ist ein Bund, ähnlich der Heiligen Allianz der Monarchen nach der Niederwerfung Napoleons, dem Dreikaiserbündnis Bismarcks und Wilhelms II. Plänen einer russisch-deutsch-österreichischen Allianz. Ueber kurz oder lang hofft Ungarn an dieser Allianz zu profitieren. Wenn es nicht an der serbischen Grenze Eroberungen machen kann, so hofft es wenigstens dem schwachen Oesterreich das Burgenland rauben zu können. Bethlen kommt mit einem großen Erfolg heim, er bringt seinem Lande die Freundschaft einer Großmacht, er bringt dem blutbedeckten Reichsverweser die Bundesbrüderschaft des Duce. Damit ist Rumänien, das sich Mussolini durch den bestatigten Vertrag verpflichtet hat, aus der Reihe der Feinde Ungarns ausgeschieden, die Einkreisung Jugoslawiens offenbar geworden. Für Mussolini aber bedeutet die Ge-

winnung eines Trabanten im Herzen Europas ebenfalls einen diplomatischen Erfolg, der nicht zu unterschätzen ist.

Für das übrige Europa bedeutet dieses Bündnis vor allem stete Kriegsgefahr, für die kleine Entente bedeutet Bethlens römischer Erfolg eine Niederlage, wenn nicht das Ende, das sich durch keine Königsbesuche und Ministerreden mehr verschleiern läßt. Allerdings verlangt Ungarn nun erst von seinem Freunde, daß er es wehrfähig mache und die Aufhebung jeder Kontrolle durchsetze. Wenn der Völkerverbund, wenn Frankreich die Aufrüstung Ungoarns zugeben, dann beweisen sie ihre Schwäche. Die mittel-europäischen Staaten aber müssen daraus die Lehre ziehen, daß es höchste Zeit ist, sich selbst zu schützen, ehe der Faschismus seine Rede auch über sie geworfen hat.

Tages-Neuigkeiten. Hrubans Traum.

Und wie er da den Senat sah.

Herr Hruban, der sterile Präsident des Senats, nimmt seine Amtspflichten sehr ernst. Bis in die Träume der stillen Nächte verfolgen ihn die Bilder des Senats und diese Traumbilder machen ihm auch mehr Freude als Wirklichkeit. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß das „Hallelujah“, mit dem er gestern die letzte Sitzung der Frühjahrssession schloß, irgendwie aus Hrubans Traumergebnissen in die graue Wirklichkeit hinübergeklagt war. Es war aber auch zu mächtig, zu überwältigend, was Hruban in diesem seinem letzten Traum gesehen hatte; so mächtig, daß es uns wohl auch kaum gelingen wird, das Herrliche auch nur annähernd zu schildern.

Der Präsident betritt zeitlich morgens den Sitzungssaal des Senatsgebäudes. An der Seite erhebt sich ein Altar, darüber ein gewaltige Orgel. Von den Wänden ringum grünen Marien- und Christusbilder, in den vielen Nischen stehen Reichstäbe, darunter mehrere besonders große und besonders geschmückte für die Regierungsgenossen. Auf allen Senatsoptionen liegen Rosenkränze, auf der Ministerbank rosensoviel Kreuzfixe, als es Minister gibt.

Eine Viertelstunde vor Beginn des politischen Hochamts läuten überall in den kleinen Kapellen, feierlich die Glocken. Der älteste Priester der Fraktion (in den meisten Fällen verliert der Advokate dieses Amt) sammelt seine Gläubigen zu einer kleinen Andacht in der Kapelle und führt sie dann in den Sitzungssaal. Auf dem Wege dahin werden fromme Lieder gesungen.

Die protestantischen und jüdischen Senatoren haben inzwischen in Betshuben, deren es aber für jede Konfession wegen der geringen Beteiligung) nur je eine im ganzen Senatsgebäude gibt, ihre Morgenandacht verrichtet. (Konfessionslose Abgeordnete gibt es nicht, da den Konfessionslosen nach einer Verdruban weder das politische noch das aktive Wahlrecht zusteht.)

Während die nichtkatholischen Senatoren einmündig durch ein Nebentürchen sich in das Sitzungszimmer begeben, ziehen die Rechtgläubigen durch die beiden großen Seitentüren ein, vorbei an den Marienfiguren, vor denen sie niederknien und sich betenkzenigen.

Mit alles auf seinen Plätzen angelangt, so begibt sich Hruban, der durch die Gnade des Heiligen Vaters außerordentlich zum Priester geweiht wurde, zum Altar (er durch eine einfache Vorrichtung jederzeit in einen Präsidentenstuhl verwandelt werden kann) und hält eine kurze Predigt, in der die Parlamentarier aufgefordert werden, in Gottesfurcht, Ergebenheit und Demut auszuhalten. Die Senatoren empfangen dann von ihm ohne Unterschied der Partei und Konfession den Segen.

Die Orgel erbraust und gibt das Zeichen zur Inangriffnahme des ersten Punktes der Tagesordnung, des „Arie eleison“, das vom gesamten Senat stehend gesungen wird. (Der nationale Ausgleich ist längst geschlossen und besteht darin, daß die Senatsoptionen weder in der Staats- noch sonst in einer lebenden Sprache gesungen werden, sondern vielmehr lateinisch.) Das Tenor- und das Bass-Solo haben die Minister Strame! und Mahr-Farting inne, deren besondere Harmonischon äußerlich dadurch gekennzeichnet ist, daß sich über ihren Sigen eine gemeinsame große Kuppel erhebt, die wiederum rot-weiß-blau und schwarz-gelb dekoriert ist. Die Juden singen mit, doch ist für sie der Text etwas geändert und ins Esperanto übertragen. Die Kammerstenographen und die Parlamentswache lösen einander im Ministeramt ab.

Ueber die Geschehnisse, die nur von der Regierung eingebracht werden dürfen und die wäh-

Rundfunk für Alle!

Programm für morgen, Sonntag.

- Prag 249. 9: Landwirtschaftlicher Rundfunk. 10: Uebertragung aus der St. Michaels Kirche, Gmünd. 11: Matinee. 12: Dorothea: Drei biblische Lieder. 2. Novak: Mein Mal. 3. a) Brand; b) Harnisch; c) Harnisch; d) Harnisch; e) Harnisch; f) Harnisch; g) Harnisch; h) Harnisch; i) Harnisch; j) Harnisch; k) Harnisch; l) Harnisch; m) Harnisch; n) Harnisch; o) Harnisch; p) Harnisch; q) Harnisch; r) Harnisch; s) Harnisch; t) Harnisch; u) Harnisch; v) Harnisch; w) Harnisch; x) Harnisch; y) Harnisch; z) Harnisch.
- Wien 517. 10.30: Orgelvortrag. 11: Symphonieconcert. 12: Nachmittagsconcert. 13.15: Im Inneren des Reichstages. 14: Kammermusik. 15: Kammermusik. 16: Kammermusik. 17: Kammermusik. 18: Kammermusik. 19: Kammermusik. 20: Kammermusik. 21: Kammermusik. 22: Kammermusik. 23: Kammermusik. 24: Kammermusik. 25: Kammermusik. 26: Kammermusik. 27: Kammermusik. 28: Kammermusik. 29: Kammermusik. 30: Kammermusik.
- Berlin 494. 11: Vormittagsconcert. 20: Erntedankfest.
- Frankfurt 429. 8: Morgenfeier. 11.30: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13.30: Morgenfeier. 14.30: Morgenfeier. 15.30: Morgenfeier. 16.30: Morgenfeier. 17.30: Morgenfeier. 18.30: Morgenfeier. 19.30: Morgenfeier. 20.30: Morgenfeier. 21.30: Morgenfeier. 22.30: Morgenfeier. 23.30: Morgenfeier. 24.30: Morgenfeier. 25.30: Morgenfeier. 26.30: Morgenfeier. 27.30: Morgenfeier. 28.30: Morgenfeier. 29.30: Morgenfeier. 30.30: Morgenfeier.
- Hamburg 395. 9.15: Morgenfeier. 11.30: Morgenfeier. 12.30: Morgenfeier. 13.30: Morgenfeier. 14.30: Morgenfeier. 15.30: Morgenfeier. 16.30: Morgenfeier. 17.30: Morgenfeier. 18.30: Morgenfeier. 19.30: Morgenfeier. 20.30: Morgenfeier. 21.30: Morgenfeier. 22.30: Morgenfeier. 23.30: Morgenfeier. 24.30: Morgenfeier. 25.30: Morgenfeier. 26.30: Morgenfeier. 27.30: Morgenfeier. 28.30: Morgenfeier. 29.30: Morgenfeier. 30.30: Morgenfeier.
- Köln 356. 8.30: Morgenfeier. 9: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- München 556. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Stuttgart 350. 11.30: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Dresden 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Leipzig 366. 8.30: Morgenfeier. 9: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Wuppertal 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Essen 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Düsseldorf 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Dortmund 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Münster 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Bielefeld 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Osnabrück 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Lüneburg 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Verden 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Harburg 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Verden 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.
- Verden 300. 10: Morgenfeier. 11: Morgenfeier. 12: Morgenfeier. 13: Morgenfeier. 14: Morgenfeier. 15: Morgenfeier. 16: Morgenfeier. 17: Morgenfeier. 18: Morgenfeier. 19: Morgenfeier. 20: Morgenfeier. 21: Morgenfeier. 22: Morgenfeier. 23: Morgenfeier. 24: Morgenfeier. 25: Morgenfeier. 26: Morgenfeier. 27: Morgenfeier. 28: Morgenfeier. 29: Morgenfeier. 30: Morgenfeier.

rend des „Arye eleison“, des „Agnus“ und des „Bange lingua“ und so weiter still verlesen werden, gibt es keine Debatte. Das Ende der Besetzung der Besetze wird jedesmal durch Weiswasser-Prezengen bekanntgegeben, worauf dann die Regierungsparteien mit einem lauten „Credo“ einfallen. Die Opposition ist nur verpflichtet, sich dabei von ihren Ehren zu erheben, muß aber nicht mitfingen.

Erscheint ausnahmsweise Sachia, der inzwischen auch Doktor der Theologie honoris causa geworden ist, in einer Sitzung, wird einstimmig gesungen: „Veni, creator spiritus“. (Die Opposition, die einmal bei solcher Gelegenheit das „Dies irae“ angestimmt hatte, wurde deswegen vom Immunitätsausschuß ausgeliefert. Schwere Kerkerstrafen waren die weitere Folge.)

Am Schluß jeder Sitzung intoniert Gruban persönlich das „Halleluja“. Er bleibt aber damit nicht mehr allein. Nach zwanzig Takten fallen alle Parteien im Weitzesang ein. Unter den Klängen der Orgel verlassen dann die Senatoren in geschlossenem Prozessionszuge den Sitzungssaal.

Auerhörter Uebergreif der politischen Bezirksverwaltung Marienbad. Einige tschechische Lichtabnehmer des städtischen Elektrizitätswerkes in Marienbad verweigerten die Bezahlung der ihnen zugesetzten deutschen Rechnungen und lehnten deren Annahme ab. Ueber ihre Beschwerde gab die politische Bezirksverwaltung der Stadtgemeinde den Auftrag, die Rechnungen in tschechischer Sprache auszustellen. Gegen diesen Auftrag erhob die Stadtgemeinde Marienbad die Beschwerde, über die noch nicht entschieden worden ist. In der letzten Stadtvertretungssitzung wurde nun beschloffen, gegen jene Parteien, die die Annahme der Rechnungen verweigert und die einfallenden Beträge nicht gezahlt haben, gerichtlich vorzugehen und die Klage einzubringen. Die politische Bezirksverwaltung Marienbad hat die Ausführung dieses Beschlusses der Gemeindevorstellung unterlassen. Damit hat sie in gesetzwidriger Weise in das Privatverhältnis zwischen der Gemeinde Marienbad und ihren Schuldnern eingegriffen und hat von der ihr nur zum Schutze der öffentlichen Interessen übertragenen Aufsichtsgewalt einseitig zugunsten von Privatinteressenten Gebrauch gemacht.

Eine Kreisversammlung der Konsumvereine Nordwestböhmens, in denen 35.000 Mitglieder als Konsumenten organisiert sind und die einen Warenumfang von 72 Millionen im letzten Jahre erzielt, findet heute in Aussig Volkskeller, statt. Die Konferenz beschäftigt sich ausschließlich mit der Steuervorlage und ihre Beratung im Steuer-ausschuß, der gegenwärtig tagt. Die Kaufmannschaft mit ihren Gremien, die sich von den Beiträgen der Konsumvereine erkalten lassen, führen den beständigen Kampf um eine erhöhte Besteuerung der Konsumvereine, die als gemeinnützige Unternehmungen der werktätigen Menschen in allen Kulturstaaten Berücksichtigung finden. In ihrer Niederhaltung sollen nach Ansicht der Herren Kaufleute, aus rein privatrechtlichen Interessen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die letzten Endes der konsumierenden Bevölkerung zum Schaden gereichen. Dagegen werden sich die Konsumenten mit aller Entschiedenheit zur Wehr setzen.

Bergmanns Tod. In Zweifelsreuth bei Eger ereignete sich Dienstag im Braunkohlenbergwerk ein Schachteleinsturz, bei dem sieben Arbeiter verunglückten. Hierbei fand der Bergarbeiter Alfred Kühner, verheiratet und der Bergarbeiter Alfred Kühner, verheiratet und Fleischer wurde schwer verletzt.

Massenvergiftung auf einem Schacht. Ein Grubenunfall, der leicht zu einer Katastrophe hätte führen können, ereignete sich auf dem Garganschacht der de Wendelschen Gruben in Lothringen. Durch das Einatmen giftiger Gase, die einer im Förderstollen verwendeten Benzololomotiv entstammten, fielen in kurzer Zeit dreizehn Bergleute in Ohnmacht. Nachdem die schadhafte gewordene Lokomotive aus dem Schacht entfernt war, wurden die Verunglückten geborgen und sofort in das Knappschafstlazarett gebracht. Die Vergiftungen sind meist schwerer Natur.

Obst wieder im Reichstag. Reichstagspräsident Lobe ist Donnerstag nachmittags zum erstenmal wieder auf eine Stunde im Reichstag erschienen und von Abgeordneten aller Parteien auf das herzlichste begrüßt und beklugungswürdig worden. Er begibt sich auf drei Wochen zur Kur und nimmt nach Ostern die Präsidentschaft wieder auf.

18 Todsopfer einer Schiffskatastrophe. Wie aus Gibraltar gemeldet wird, ist der spanische Dampfer „Tacinto“ nach einem Zusammenstoß mit dem englischen Dampfer „Aurora“ in der Meerenge von Gibraltar gesunken. Siebzehn Mann der Besatzung und die Frau eines Maschinisten sind ertrunken. Der Kapitän und sechs Mann wurden von einem Bugstierdampfer der spanischen Marine gerettet.

Wieder ein Schnapsdekret in der Sowjetunion. Zwecks Einschränkung des Genusses von Spirituosen ist vom Rat der Volkskommissare ein Dekret erlassen worden. Verboten wird der Verkauf von Spirituosen an Unmündige und Betrunkene; ebenso darf an den Büfets der Theater, Kinos und Klubs und sonstigen Kulturzwecken dienenden Stätten kein Alkohol in Form von Spirituosen verabfolgt werden. Dergleichen ist der Verkauf an Feiertagen sowie auch an den

Was tut die Regierung für die Glasarbeiter?

Interpellation unseres Senatorenklubs.

Die Senatoren Reysl und Genossen brachten im Senat für unsere Fraktion folgende Interpellation an die Regierung wegen der Verhältnisse im Gablonz-Tannwalder Industriegebiet ein:

Die Regierung ist bisher an der schweren Krise der Glasindustrie im Gablonz-Tannwalder Industriegebiete mit erschreckender Sorglosigkeit vorübergegangen. Seit Jahren ist die einst blühende Industrie in schwerer Bedrängnis und eine hochqualifizierte Arbeiterschaft dem Elend ausgeliefert. Statt diesen wichtigen Industriezweig, der infolge der hohen Qualität seiner Produktion für die gesamte Volkswirtschaft von größter Bedeutung ist, durch entsprechende Maßnahmen zu unterstützen, welche es ihr ermöglicht hätten, über die Krisenzeit hinwegzukommen, hat die Regierung einfach überhaupt nicht getan und hat auch stillschweigend zugelassen, als durch die Einführung der minderwertigen Schmirgelware die ohnehin schon dezimierte Arbeiterschaft noch weiter in gewaltigem Umfang arbeitslos gemacht wurde, obwohl eine weiterschauende Industriepolitik hätte erkennen müssen, daß die Gablonz-Tannwalder Industrie nur als Qualitätsindustrie bestehen kann und daß ein minderwertiges Produkt nicht imstande ist, sich dauernden Absatz zu sichern. Erst als das fürchterliche Elend der Glasarbeiter zu Verzweiflungsausbrüchen führte, hat die Regierung eingegriffen, aber nicht mit Hilfsmitteln, sondern mit Verhaftungen und mit der Verhängung eines Ausnahmezustandes, der alle Merkmale des Paragraphen 11 des Gesetzes vom 14. April 1920 trägt, so daß seine Verhängung durch eine bloße Kundmachung der Bezirksverwaltung, abgesehen von der fachlichen Verschleiertheit dieser Maßnahme, auch einen Rechtsbruch darstellt. Es ist selbstverständlich, daß mit solchen Mitteln nur die Verzweiflung und Empörung der Arbeiterschaft gestoppt, nicht aber die unumgänglich notwendige Abhilfe geschaffen werden kann.

Wir fragen daher die Regierung, ob sie endlich bereit ist, die berechtigten Forderungen der Glasarbeiter zu erfüllen, und fragen insbesondere:

Vorlagen von diesen nicht gestattet. Ebenso darf an Wochentagen in den Arbeiterwohnstätten vor Beendigung der Arbeit in den Fabriken kein Alkohol verabreicht werden. Das Verbot bezieht sich nur auf Spirituosen, während der Verkauf von Naturweinen und Bier seiner Beschränkung unterworfen ist.

Das verbotene Arrestlokal. In den Polizeiarresten in Eger führt der Zugang durch eine mit einem Holzgitter abgeschlossene Vorhalle. Seit einigen Tagen ist nun an diesem Holzgitter zweifach die Aufschrift angebracht: „Fremden ist der Eintritt strengstens verboten.“ Von der Polizei verhaftete Personen werden gewöhnlich eine Fremde haben, wenn ihnen der Zutritt zum Arreste verboten wird. Wie wird aber das Gericht entscheiden, wenn eine in Polizeihaft genommene Person mit Rücksicht auf diese Aufschrift das Betreten des Raumes verweigert und aus dieser Weigerung ebenfalls eine Anklage wegen öffentlicher Gewalttätigkeit entsteht? Wird dem Arrestanten das Recht zugesprochen werden, das Betreten dieses verbotenen Raumes zu verweigern, oder der Polizei das Recht, den Arrestanten zum Betreten dieses Raumes trotz des angebrachten Verbotes zu zwingen?

Die Begünstigungen für die Wintersperre. Das Eisenbahnministerium hat mit Erlaß 15.612-25-3 die Begünstigungen für die Wintersperreverbände, sowie auch für die Naturfreunde, bis 1. Mai d. J. inbegriffen verlängert.

Vom Schandfeld der Arbeit. Donnerstag abends wurde der mit Verdachtsanzeigen beschuldigte 20-jährige Arbeiter Anton Fekava aus Wlchorshan auf dem Wobener Bahnhofs von einer Reihe eines Arons, welche ihn, tödlich verlegt. Er starb nach wenigen Minuten.

Naturfreunde-Besuch aus dem Ausland. Im Mai fertigt der Bezirk Döbeln Touristenverein „Die Naturfreunde“ einen Zugszug ins Hirschberg-Geopfer Gebiet ab. In Eger befinden sich etwa 500 Wiener Naturfreunde die „Machosa“ (Mähren).

Ein Totschlag gestorben. Unter den einseitlichen Qualen, von Tollwutaffekten begleitet, ist der 28-jährige Angestellte Robert Jitel aus Paulwitz im Oltäher Krankenhaus gestorben. Jitel war vor einigen Wochen in Olmitz von einem tollen Hund gebissen und, allerdings erst einige Tage später, dem Posteur-Institut in Prag übergeben worden, wo er drei Wochen in Behandlung blieb. Als er sich am Montag zum Wiedereintritt in seine Arbeit meldete, fiel seinen Bekannten das schreckliche Aussehen des jungen Mannes auf. Jitel bekam Erbschüttelfrisse, brach zusammen und mußte in Spitalpflege übergeben werden. Hier wurde er schon tags nachher von Tollwutausfällen übermannt, mußte in die Zwangsjacke geschlossen werden und ist schließlich unter qualvollem Leiden verstorben.

„Muster ohne Wert.“ In der Wohnung eines Pefers in Berlin, der infolge eines mit der Aufdeckung eines umfangreichen Raubgüterhandels zusammenhängenden Selbstmordversuches im Krankenhaus liegt, nahm die Polizei eine Durchsuchung vor. Es wurde ein Testament gefunden, in dem der Pefers einem Freunde zwei Koffer vermacht, die Gewürze und Pfefferstümpfe enthalten sollten. Die Koffer wurden auch bei einem Speibeur gefunden. Sie enthielten statt des angegebenen Inhaltes drei Zentner Roh-Opium, die in Stoffballen eingewickelt waren mit dem Ausdruck „Muster ohne

1. Ist die Regierung bereit, den Ausnahmezustand sofort aufzuheben und die Verhafteten auf freien Fuß zu setzen?
2. Ist sie bereit, die erforderlichen Mittel zur Einleitung einer Hilfsaktion für die Arbeitslosen und Kurzarbeiter beizustellen?
3. Ist sie bereit, die Arbeitslosenfürsorge durch Ausdehnung der Unterstützung mindestens auf die Dauer eines Jahres zu verbessern?
4. Ist sie bereit, die besonders in dem betroffenen Industriegebiet herrschende Teuerung durch Gewährung von Frachtbegünstigungen auf Lebensmittel, durch strenge Kontrolle der Warenpreise und durch strenge Handhabung der Vorschriften gegen den Wucher zu bekämpfen?
5. Ist sie bereit, die Einhaltung des Gesetzes über die arbeitsfreie Arbeitszeit, besonders in kleinen Betrieben, schärfer als bisher zu überwachen und für unnahefristliche Bestrafung von Uebertretungen Sorge zu tragen?
6. Ist sie bereit, die von der Arbeiterschaft bestimmten Vertrauenspersonen als Kontrollorgane für die Einhaltung des Gesetzes vom 12. Dezember 1919, Nr. 29, Sg. d. G. u. B. ex 1920 anzuerkennen?
7. Ist sie bereit, für die Beschleunigung des Verfahrens über Anzeigen, die nach dem lehrerwählten Gesetze erstattet werden, Sorge zu tragen?
8. Ist sie bereit, ein Verbot der Schmirgelware zu erlassen?
9. Ist sie bereit, den Abschluß von Handelsverträgen zu beschleunigen und bei den Vertragsverhandlungen auf die Bedürfnisse der Gablonz-Tannwalder Industrie die notwendige Rücksicht zu nehmen?
10. Ist sie bereit, die Herstellung neuer Muster für die Gablonz-Tannwalder Glasindustrie nach Möglichkeit zu fördern und zu diesem Zwecke insbesondere für die Verbesserung der Bestimmungen über den Musterschutz vorzuzugun?
11. Ist sie bereit, die Gablonz-Tannwalder Industrie durch Gewährung von Frachtermäßigungen für Industriehöfe sowie für Exportsendungen in das Ausland zu fördern?

Prag, den 8. April 1927.

Ausgrabungen eines römischen Amphitheaters. Blättermeldungen zufolge wurde bei den Ausgrabungen in der Umgebung von Priejopolje, unweit von Sarajewo, ein römisches Amphitheater und eine Begräbnisstätte aus der Zeit des Kaisers Claudius aufgefunden. Das Amphitheater hatte einen Umfang von zwei Hektar und ist fast vollständig erhalten.

Uebesodrama im Zug. Auf der Strecke Krakau-Warschau fand der Schaffner in einem Abteil zweiter Klasse eines Personenzuges ein Pödespaar vor. Der 27-jährige Mann und das 18-jährige Mädchen waren durch Schüsse in die Schläfen aus dem Leben geschieden.

Geheimer Vorkensdienst. In einem Pariser Vorort entdeckte der Ueberwachungsdiens eine geheime Funktion, die zwei Russen in Zusammenarbeit mit zwei lettischen Bankiers und einem naturwissenschaftlichen Leiter eingerichtet hatten. Die Bankiers teilten auf ihrer eigenen Welle mehrmals am Tage ihren Geschäftsfreunden in Berlin, Amsterdam und Holland die Devisenkurse mit und erzielten dadurch beträchtliche Arbitragegewinne. Die gerissenen „Unternehmer“, aber auch ihre technischen Angestellten werden sich vor dem Gericht zu verantworten haben.

Eine Metallwarenfabrik eingekassiert. In der Nacht zum Donnerstag wurde die Metallwarenfabrik von Jistel u. Co in Berlin-Adlershof ein Opfer eines gewaltigen Großfeuers. Das mächtige Fabrikgebäude in einer Länge von 60 Metern, einer Tiefe von 20 Metern und mit vier Stockwerken ist völlig zerstört worden. Viel wertvolles Material und fertige Metallwaren — meist Kurzwaren aus Messing — sind ebenfalls ein Raub der Flammen geworden. Der durch Versicherung gedeckte Schaden wird auf eine Viertel Million Mark geschätzt. Die Fabrik mußte ihren Betrieb einstellen, wodurch 150 Arbeiter arbeitslos wurden. Das Feuer war morgens gegen 4 Uhr entdeckt worden, war aber vermutlich innerhalb des Gebäudes schon viel früher ausgebrochen. Der Betrieb selbst war um 6 Uhr von den Arbeitern verlassen. Als die Feuerwehreintros, stand ein großer Teil des Gebäudes in hellen Flammen. Zehn Löschzüge der Feuerwehre waren mit sieben Motorspritzen bis 7 Uhr morgens bemüht, ein Ueberströmen des Brandes auf benachbarte Gebäude zu verhindern.

Königliche Untersuchung vor der Ehe. Der Agrarminister hat in einer Sitzung eine Verordnung angenommen, in der die zwangsweise Untersuchung von Brautleuten angeordnet wird. Nach dieser Verordnung wird kein Pfarer die Trauung vornehmen, bevor sich der Bräutigam mit einem ärztlichen Attest über seinen Gesundheitszustand ausweisen kann.

Englischer Raubüberfall eines Wohlfahrtsvereins. Der ehrenamtliche Bezirksvorsitzender des Berliner Bezirksamtes Mitte, Fritz Schöller, sollte nach seinen eigenen Angaben am Morgen des 1. April im Haus für überfallen und seiner Aktentasche beraubt worden sein, in der sich 3000 Mark Unterstützungsgelder befanden. Vergebens forschte die Kriminalpolizei nach einer Spur des Täters. Dagegen schöpfte sie mehr und mehr Verdacht, daß der

Ueberfall von dem Wohlfahrtsvorsteher selbst vorgenommen worden war, um das Geld, das er an die Bedürftigen seines Bezirkes verteilen sollte, zu unterschlagen. Tatsächlich hat Schöller, der eine kleine Schneidert Werkstatt betreibt, sein Ehrenamt mißbraucht. Bereits in den Monaten Februar und März hat er Unterstützungsgelder in Höhe von 880 Mark unterschlagen und für sich verbraucht. Auch Rechenkonten für Bedürftige, Witwen und Kleinrentner scheint er verschoben und verkauft zu haben.

Die „Mittelt“ in der Pfaffe. Im Lode hatte eine Witwe, die sich durch einen kleinen Handel durchs Leben schlug, großenteils eine Summe zu sammelungspari, die für die Aussteuer ihrer einzigen Tochter bestimmt war. Das Geld wünschte sie immer in Dollar und steckte diese in eine Pfaffe hinein, die sie sorgsam versteckte. Als sie nun kürzlich nach Hause kam, ergab ihr ihre Tochter freudenstrahlend, sie habe auf leichte Weise 15 Groschen verdient; sie habe unter einem Gerümpel eine Anzahl Pfaffen gefunden und sie einem gerade des Wares kommenden Lumpenhändler angeboten, der ihr freilich nur drei Pfaffen als brauchbar für 15 Groschen abgenommen habe. Die Mutter sah sofort voller Schreck nach und fand ihre böse Ahnung bestätigt: die Tochter hatte gerade die Pfaffe mit den 500 Dollars verkauft. Die Frau alarmierte sofort die Polizei, die jetzt auf der Suche nach dem Händler ist.

Ein norwegisches Hundertjahr-Jubiläum. Im April 1827 fuhr das erste Dampfschiff in den Hafen von Oslo ein. „Dampffahrt Nr. 1“ war ein in England gebauter Raddampfer. Er erreichte nicht nur großes Aufsehen, sondern hatte auch einen hochwichtigen politischen Bruch zur Folge. Der Staatsrat hatte nämlich zwei Dampfer für Rechnung der Staatskasse bauen lassen und war deshalb vom Reichsgericht unter Anklage gestellt worden, weil er dem Staate „unnütze und unbedeutende Ausgaben“ gemacht habe. Das Reichsgericht beschäftigte sich mit dem jähwärtigen Fall jedoch solange, daß die beiden Dampfer mittlerweile ihre Baukosten verdient hatten. So kam der Staatsrat mit einem Verweis davon. Heute aber feiern Oslo den denkwürdigen Tag des ersten Eintreffens eines Dampfschiffes.

Arbeitslosentragödie. In einem Berliner Hotel waren vor einigen Tagen der 27 Jahre alte Kriegsinvalid Richard Krause und die 29 Jahre alte Frau Fene Rosshagen aus Eken abgestiegen. Sie waren nach der Reichshauptstadt in der Hoffnung gekommen, hier Arbeit zu finden. Darin haben sie sich getäuscht. Daraufhin haben die beiden freiwillig ihrem Leben ein Ende bereitet. Der Mann schritt zunächst der Frau mit einem Rasiermesser den Hals durch und erschloß sich dann selbst. In einer hinterlassenen Bektarte bestätigten die beiden ausdrücklich, daß sie aus wirtschaftlicher Not in den Tod gegangen sind.

Baumbliet. Ein Naturfreund reist uns mit: Im Moldautale bei Bisse steht eine große Gartenanlage von Marillen in vollster Blüte.

Muffolini der Potenzpotenz. Eine Firma, die ein Mittel zur Seduzion der männlichen Potenz für abgelebte Lustgaree inseriert, verwendet dazu ein Bild und einen Ausspruch Mussolinis. In der Tat eignet sich niemand besser zur Reklame für ein Potenzmittel als der Bajoro, der sich zum Napoleon hinoverspotenzieren will.

Straßenverkehr im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag-Nord. Wegen der erhöhten Frequenz ausläßlich der Ferienzeit werden im Bereiche der Staatsbahndirektion Prag-Nord folgende Sonderzüge geführt werden: **Strecke Prag-Mal.-Lahn.-Karlshof:** Am Samstag, den 9. April statt des Zuges 523 wird Zug 2823 bereits ab Prag-Mal.-Pbf. (ab 12.30) und bis Lužna-L. (an 14.48) geführt und fährt in der Haltestelle Rynholec durch. Am Samstag, den 15. April der Sonderzug 2833 von Prag-Mal.-Pbf. (ab 15.55) nach Lomozan (an 18.50) mit Aufenthalt wie Schnellzug 33; statt des Zuges 523 verkehrt Zug 2823 bereits ab Prag-Mal.-Pbf. (ab 12.30) und bis Lužna-L. (an 14.48) und fährt in der Haltestelle Rynholec durch. **Montag, den 18. April** Sonderpersonenzug 2806 von Lužna-L. (ab 18.10) nach Puhov hor. nabr. (an 19.50) mit Aufenthalt in allen Stationen und Haltestellen, ausgenommen Rynholec. — **Strecke Prag-Wilf.-Pbf.-Lau:** Samstag den 16. April der Sonderpersonenzug 2523 von Smichow (ab 15.27) nach Lau (an 18.25) mit Aufenthalt in allen Stationen und Haltestellen. — **Strecke Aussig-Dux:** Samstag den 16. und Montag, den 18. April Sonderpersonenzug 1505 von Aussig (ab 11.52) nach Dux (an 12.49) und Sonderpersonenzug 1604 von Dux (ab 13.21) nach Aussig (an 14.20) mit Aufenthalt in allen Stationen und Haltestellen. — **Strecke Schredenstein-Bsetat-Lissa:** Samstag den 16. April Sonderpersonenzug 2038 von Schredenstein (ab 14.27) nach Lissa (an 17.07). Der Personenzug 2020 verkehrt ausnahmsweise Montag, den 18. April von Melnik (ab 19.45) nach Bsetat (an 20.04). — **Strecke Prag-Den.-B.-Tetschen:** Montag, 18. April wird Zug 2010 (Tetschen ab 18.09) bis Prag-Den.-Pbf. (an 22.32) verkehren. — **Strecke Prag-Wilf.-Pbf.-Bsetat-Turnau:** Samstag, den 16. April wird Zug 1129 von Prag-Wilf.-Bahnhof (ab 13.08) bis Turnau (an 16.25) verkehren. — **Strecke Kralup-Neratow:** Montag, den 18. April wird Zug 1214 von Kralup (ab 19.50) nach Neratow (an 20.21) geführt werden, dafür wird Zug 1212 von Kralup (ab 18.15) nach Neratow (an 18.46) entfallen. **Montag, den 18. April** werden die nur an Werktagen verkehrenden Arbeiterpersonenzüge nicht geführt werden.

Explosion einer Petroleumraffinerie. Bei der Explosion in der Petroleumraffinerie in Parco im Staate Wyoming (U. S. A.) wurden 13 Personen getötet. Die Explosion war so heftig, daß sämtliche Fenster in der Stadt herausgeschlagen wurden. Die Bewohner flüchteten, von einer Panik ergriffen, aus den Häusern. Der Schaden wird auf 100.000 Pfund Sterling geschätzt.

Abfällige Weltanschauung. Eine zu Rußland gehörige Insel in der Beringstraße zwischen Sibirien und Alaska ist jetzt nach 15 Jahren zum ersten Mal wieder von einem Schiff angelaufen worden. Die Bewohner der Insel haben dadurch die erste Kunde von dem Weltkrieg und seinen Folgen erhalten. Auch von den Vorgängen in Rußland, dem Schicksal des Jaren und der jetzigen Staatsform hatten sie keinerlei Kenntnis.

**Kommunisten schießen auf Arbeiter
Ein Kärntner Arbeiter von Kommunisten schwer verwundet.**

Die österreichischen Kommunisten — bekanntlich die jämmerlichste Partei der Komintern — hatten den Sozialdemokraten ihre Stimmen versprochen, wenn unsere Genossen eine Reihe von Forderungen der Kommunisten annehmen und zum Wahlprogramm erheben würden. Die Kommunisten haben bei den letzten Wahlen in Oesterreich ganze 13.000 Stimmen erhalten, also etwa ein Prozent der sozialdemokratischen Stimmenzahl. Ihre politische Bedeutung bleibt noch beträchtlich hinter diesem Wahlerfolg, der ihnen wieder ein Gemeinderatsmandat, noch eines Sitz im Nationalrat einbrachte, zurück. Die Sozialdemokratie hatte keinerlei Veranlassung, den paar kommunistischen Zirkeln zuliebe ihr Programm zu ändern, ganz davon zu schweigen, daß eine Partei überhaupt nur mit ihrem und nicht mit einem fremden Programm den Wahlkampf führen kann. Sie überließ es den kommunistischen „Führern“ durch selbständige Kandidaturen der bürgerlichen Einheitsfront bischöflich beizuspringen oder einmal zu beweisen, daß die Kommunisten die proletarische Einheitsfront wirklich wollen.

Die kommunistischen Einflüsse leben nur gegen die Sozialdemokraten und der kleine Bruchteil von Arbeitern, der sich verbeten läßt, führt den Kampf für die Weltrevolution aufscheinend so auf, wie ein Vorkrieg in St. Peter in Kärnten es deutlich zeigt. Dort ereignete sich dem amtlichen Bericht nach folgendes:

Die Kommunisten zogen um halb 12 Uhr nachts vor das Gasthaus Rolke, nachdem sie ausgedehnter hatten, daß nur mehr einige Genossen in demselben anwesend, die übrigen schlafen gegangen waren. Sie umstellten das Haus, rissen die Türen auf und forderten die Gäste auf, herauszukommen. Die beiden Brüder Hafner, die nachsehen wollten, was los sei, erschienen in der Tür. Sofort schossen die Kommunisten auf die Wehrlosen, trafen den einen am Kopf, der andere verlor sich durchschlag und wollte den Schutzbund alarmieren. Die Kommunisten eröffneten, um ihn daran zu hindern, ein regelrechtes Feuer auf ihn, bis er mit einem furchtbaren Aufschrei zusammenfiel. Eine Angel hatte ihm ein Bein durchbohrt und den Knochen zerschmettert. Der andere Genosse Hafner war in dessen zu Boden geworfen und mit Gummimitteln und Tuschschlägern erbarmlich mißhandelt worden, obwohl er bereits aus der Kopfwunde furchbar blutete. Die Kommunisten hätten ihn erschlagen, wären nicht mittlerweile Schubhändler zu Hilfe herbeigeholt worden.

Der Grazer „Arbeiterwille“ schreibt zu dem Vorfall, der den Genossen Hafner, wenn

nicht um sein Leben, so um sein Bein bringen wird, dessen Amputation allein noch Aussicht auf Rettung bietet, in begreiflicher Erregung:

„Arbeiter und Arbeiterinnen! Urteilt selbst! Handelt man so gegen seine Arbeitsbrüder? Kämpft man für das Recht der Arbeiterklasse, indem man auf Arbeiter schießt? Wenn haben die Kommunisten durch dieses Verbrechen genügt? Doch nur dem Bürgertum, dem Faschismus, und der Reaktion!

Das Bürgertum haßt die Sozialdemokraten, es kämpft mit Lügen und Verleumdungen gegen uns. Die Kommunisten tun das gleiche und kämpfen Schulter an Schulter mit den Bürgerlichen gegen die Arbeiter! Die Reaktion freut sich über die neuen Löffelheber. Der Faschismus predigt den Arbeitermord, die Kommunisten führen ihn aus! Sie haben bereits zwei Opfer ihrer Mordabsichten aufzuweisen, wovon eines zeitweilig ein bedauerndwertes Krüppel bleiben soll.

**Verfolgungen der Sozialdemokratie in Rumänien.
Hungertreue ukrainischer Sozialdemokraten.**

(A. J.) Die Allianz mit Mussolini treibt die rumänische Regierung Aversen immer weiter auf dem Wege der faschistischen Bekämpfung der Arbeiterbewegung. Ganz besonders richtet sich der Kampf gegen die ukrainischen Sozialdemokraten. Es sind seit Monaten vier ukrainische Genossen, darunter drei Kandidaten bei den Parlamentswahlen, in Haft, weil das Kriegsgericht sie beschuldigt, ukrainische Propaganda gegen die Sicherheit des Staates getrieben zu haben. Ihr „Verbrechen“ besteht nämlich darin, daß sie eine sozialdemokratische Zeitung in ukrainischer Sprache herausgaben und von ihrem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch machten, indem sie Unterschriften für eine Petition an das Unterrichtsministerium sammelten. Auch diese Petition bezweckte nichts anderes, als die Durchführung einer Verfassungsbestimmung herbeizuführen, wonach jede Nation den Anspruch auf Volksschulen in der Nationalsprache für die Kinder, deren Muttersprache die Sprache jener Nationalität ist, besitzt. Als von ukrainischer Seite eine derartige Forderung erhoben wurde, wurde erklärt, es gebe keine Ukrainer in Rumänien, sondern nur ukrainisierte Rumänen. Die bloße Unterschriftenammlung für eine Petition, die die Einrichtung ukrainischer Schulen für die ukrainischen Kinder verlangt, reicht also in Rumänien aus, um monatelange Gefängnisstrafe zu verhängen. Zum Prolet gegen diese vollkommen ungerechtfertigte Verfolgung und die Behandlung im Gefängnis sind die ukrainischen Genossen, wie der „Internationalen Information“ aus Czernowitz berichtet wird, am 9. März in den Hungertreue getreten.

Sozialistische Literatur, die in allen Kulturstaaten frei käuflich ist, ist in Rumänien Gegenstand höchstpeinlicher Verfahren und der Konfiskation. Auf Anzeige eines ehemals wegen Spionage verurteilten Spießes und jetzigen Agenten der Siguranza (Staatspolizei) namens Wilner, wurden in der öffentlichen Bibliothek des sozialdemokratischen Vereines „Morgenrot“ Hausdurchsuchungen vorgenommen. Der Beschlagnahme verfielen folgende „hochverräterische“ Werke: Das kommunistische Manifest, Engels: Grundzüge des Kommunismus, Nachlaß von Marx, eine Broschüre von Crispian, eine von Eduard Bernstein usw. Daneben aber auch Werke allgemein literarischen Inhalts.

Das Gegenstück hierzu erzählte Artur Vanselow, ein genauer Kenner des brasilianischen Urwaldes. Er berichtet von Weizen, die auf Streifzügen gegen räuberische Indianer deren Hunde verschreckten, indem sie die Kleidung wendeten. Diese Leute, die keine Gelassenheit hatten, sich zu waschen, rochen natürlich nach Schmutz und Schwweiß, überdies aber wird es der Geruch der Weizen gewesen sein, der den Hunden so zuwider war.

Der Geruchssinn spielt überhaupt bei den verschiedensten Tierarten eine hochbedeutende Rolle. Beispielsweise ist bei den Elefanten, diesen reinen Pflanzenfressern, die sich von der Urzeit zu uns hinübergewendet haben, der Geruchssinn besser entwickelt als das Gesicht. Ein Maulwurf, der eines der gefährlichsten Raubtiere ist, entdeckt durch seinen Geruchssinn seine Nahrung, ohne sie zu sehen und zu fühlen. Th. Zell weist darauf hin, daß Raben ihre Lösung verschaffen, weil sie nicht gewillt sind, Tiere, die sie beschleichen oder erjagen wollen, durch den Geruch der Exkremente zu verschrecken.

Selbst bei den Großflähen, deren Augen vorzüglich sind, darf man nie den Geruchssinn unterschätzen. Das wird stets von Löwen- und Tigerdrompiren beobachtet, die neue Kleidungsstücke vor der Vorstellung von ihren Tieren bewachen lassen. Interessant ist es, wie z. B. der langjährige Tigerdrompire und frühere Großtierjäger Zailer-Jackson vorgeht, falls er mal einen Fremden an den Käfigwagen seiner Zügelinge in Reichweite führt. Er beobachtet stets Gesicht, Gehör, Geruch bei den Tieren. Seine Tiger erkennen ihn sofort, was sich deutlich in den Lichtern und den Mienen ausdrückt, auf den Ruf: „Wo sind denn meine lieben Jungen?“, spüren die Tiere die Ohren, darauf hält er die Hand, zur Faust geballt, dem Gutmütigsten unter die Nase und den anderen in den Bereich ihrer Nasen; erst so schafft er die ruhige Atmosphäre und weiß, ob die Tiger zufällig in der Laune sind, sich ein wibbigieriges Menschlein vorstellen zu lassen.

Volkswirtschaft.

Internationales Arbeitsamt.

Geistige Arbeit. — Sozialpolitische Filme. — Washingtoner Uebereinkommen. — Die Arbeitszeit in der Seeschifffahrt.

Der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes trat am 30. März unter dem Vorsitz des französischen Regierungsvertreters, Artur Fontaine, zu einer Tagung zusammen.

Der erste Verhandlungsgegenstand betraf die Einsetzung eines beratenden Ausschusses für geistige Arbeit. Der Antrag dazu ging von dem italienischen Regierungsvertreter, de Michelis, aus. Der Rat einigte sich dahin, dem Antrage zu entsprechen. Die Kommission soll zur Aufgabe haben, die wirtschaftlichen und sozialen Fragen, welche die geistigen Arbeiter betreffen, zu studieren. Ein erstmaliger Kredit zur Erleichterung dieser Aufgabe wurde in den Haushaltsplan für das Jahr 1928 eingelegt. Die Zusammenfassung des Ausschusses und die genaue Bestimmung seines Arbeitskreises werden auf einer der nächsten Ratstagungen erledigt werden.

Ein zweiter Antrag von de Michelis betraf die Rolle der Internationalen Arbeitsorganisation auf dem Gebiete der Nematographie. Zu dem Gegenstand beschloß der Rat, dem Internationalen Arbeitsamt die Aufstellung eines Verzeichnisses sozialpolitisch interessanter Filme aufzutragen.

Der zweite Verhandlungstag war hauptsächlich der Prüfung des Berichts von Direktor Albert Thomas gewidmet, welcher die Tätigkeit des Amtes im letzten Vierteljahr betrifft. In bezug auf die Ratifikation von internationalen sozialpolitischen Uebereinkommen waren wieder Fortschritte zu verzeichnen. Besonders bemerkenswert ist die Ratifikation des Washingtoner Arbeitszeitübereinkommens durch den französischen Senat. In Großbritannien gab die Frage des Beitritts zu diesem Uebereinkommen Anlaß zu einer Debatte im Abgeordnetenhause, in deren Folge das Ministerium einen Untersuchungsausschuß einsetzte.

Der Stand der Bearbeitung von Unterlagen für die am 25. Mai zusammentretende Internationale Wirtschaftskonferenz wurde zur Kenntnis genommen.

Am dritten Verhandlungstage hatte der Rat endgültig darüber zu entscheiden, ob die Frage der Regelung der Arbeitszeit in der Seeschifffahrt auf die Tagung der nächsten Sonderkonferenz für Schifffahrtsfragen zu legen sei. Der britische Regierungsvertreter, Wolfe, sprach sich dagegen aus und beantragte Vertagung der Angelegenheit. Im Namen der Arbeitergruppe trat Jochaux (Frankreich) den Ausführungen des britischen Regierungsvertreters entgegen. Die Erledigung dieser Frage sei der einmütige Wunsch der Arbeiterschaft. Artur Fontaine erklärte, daß keine Regierung zugunsten einer Regelung sei, die aber nicht zu streng sein dürfe. Man könne nicht grundlos den Seeleuten Vorteile verweigern, die den anderen Arbeiterkategorien zugesprochen werden. Um den Wünschen der britischen Regierung entgegenzukommen, empfahl der Redner die Verschiebung der Einberufung der Seeschifffahrtskonferenz auf das Jahr 1929. Ebenso sprachen sich die Regierungsvertreter Deutschlands, Belgiens und Italiens zugunsten der Behandlung der Arbeitszeitfrage in der Seeschifffahrt durch eine internationale Arbeitskonferenz aus. Die Arbeitergruppe nahm dagegen Stellung. Als zur Abstimmung geschritten wurde, blieb der Antrag der britischen Regierung in der Minderheit, während der Antrag der französischen Regierung, die Arbeitszeitfrage auf einer Seeschifffahrtskonferenz im Jahre 1929 zu behandeln, mit 15 gegen sechs Stimmen angenommen wurde. Der Stimme enthielten sich drei Regierungsvertreter, darunter jener Großbritanniens. Alle anderen Regierungsvertreter stimmten dafür.

Zum Schluß drückte der deutsche Regierungsvertreter, Feig, dem Räte den Wunsch seiner Regierung aus, es möge eine seiner nächsten Tagungen in Berlin abgehalten werden. Der Vorsitzende dankte für die liebenswürdige Einladung der deutschen Regierung, welche von den einzelnen Gruppen des Rates mit größter Sympathie geprüft werden würde.

Der Kampf um die Arbeitszeit in Deutschland.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, des Gewerkschaftsrings deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände (Hirsch-Düncker) und des Allgemeinen freien Angestelltenbundes haben vergangene Woche den neuen Arbeitszeit-Vorgeschleudern der deutschen Reichsregierung geprüft und mit aller Entschiedenheit von der Hand gewiesen. Während die Gewerkschaften die Wiederherstellung des Achtstundentages fordern, bequigt sich der Regierungscursus damit, die Ueberschreitung des Zehnstundentages einzuführen. An den für die regelmäßige Ueberschreitung des Achtstundentages entscheidenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung will der Entwurf nichts ändern. Aber selbst die Ueberschreitung des Zehnstundentages soll künftighin in weitgehendem Maße zulässig und in sehr vielen Fällen ohne vorausgegangen: behördliche Genehmigung einzig von der Entscheidung des Unternehmers abhängen. Gegenüber diesen Absichten erklären die Vorstände der großen Spitzenorganisationen, mit Ausnahme der Christen, daß es das Lebensinteresse der Arbeitnehmer

und die wachsende Not der Millionen Arbeitlosen erfordern, der Verlängerung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich mit allen Kräften entgegenzutreten. Sie fordern die deutsche Arbeitnehmerschaft auf, der Parole ihrer Verbände zu folgen und die Leistung von Ueberzeitarbeit fortan aus eigenem Entschluß abzulehnen.

Die Lohnverhandlungen im tschechischen ost- und mittelböhmischem Vertragsgebiet der Textilindustrie.

Donnerstag bezanzten in Prag die Verhandlungen, die sich äußerst schwierig gestalten. Die Unternehmer schenken eine generelle prozentuelle Lohnerhöhung mit der Begründung ab, daß die Teuerung nicht so groß ist, wie sie von den Vertretern der Organisation geschätzt wird. Sie wollen auf Grund einer einmaligen Ausschilfe verhandeln, doch soll diese ein geringeres Ausmaß betragen wie im vorigen Jahre. Die Vertreter der Organisationen beharren auf einer Erhöhung der Stundenlöhne wenigstens für die im Stundenlohn Beschäftigten und haben in bezug auf die Teuerungsaushilfe entsprechende Vorschläge gemacht. Bis zur Drucklegung dieser Zeilen ist eine Einigung nicht zustande gekommen und die Verhandlungen werden heute, Samstag, fortgesetzt.

Prager Produktienbörse. Die schwächere Tendenz der amerikanischen Produktienbörse hatte keinen Einfluß auf den Prager Verkehr und es spiegelte sich hier eher die unveränderte Situation der europäischen Märkte wieder. Die Börse war, wie immer an Freitag, schwach besucht und der Verkehr stagnierte zeitweise überhaupt. Am Getreidemarkte wies eine etwas festere Tendenz nur Hafer auf, obwohl sich diese Befestigung im Preise nicht ausdrückte. Weizen, Roggen und Gerste wurden ohne Preisverschiebungen offeriert. Schwächer tendierte Mais, der erst im Verlaufe bei lebhafterem Angebot das diensttägige Preisniveau erreichte. Auf den übrigen Märkten herrschte überhaupt nur Ruhe und blieben die Preise meistens nur nominell in Geltung.

Vorträge.

„Mensch und Tier.“ Prof. Dr. Theodor Lessing aus Hannover sprach Donnerstag, den 7. d. M., über dieses Thema im „Majarteum“. Er führte etwa aus: Die Mythologie der Völker des Ostens und der klassischen Völker zeigt, daß das Tiergerade als Gottheit verehrt wurde (Inde, Ägypten, bei den Griechen die Vorstellung des Panus als Bodschäfer, des Herkules als Stier usw.). Erst um 500 v. Chr., mit dem Auftreten der verschiedenen Propheten bei den einzelnen Völkern (Buddha, Laotse, später Christus), beginnt sich der Mensch als Herr und Beherrscher der Erde zu betrachten. Es zeigt sich schon bei Sokrates, der das freudhafte Wort sprach: „Von den Tieren können wir nichts lernen“ und gipfelt im Christentum in der Formel: Gott wird Mensch. Dieser Geist wird der Vernichter der Erde. Alle Erzeugnisse der Technik sind gleichbedeutend mit Wod, vom Reiz und der Falle angefangen bis zu den modernen Kriegswaffen. Damit wandelt sich auch das Verhältnis Mensch und Tier. Er besprach sodann einige Phänomene der Tierwelt, wie die Wanderung der Zugvögel, die Rückkehr an den früheren Ort, und bemerkt, daß die Tiere Herren ihrer Impulse bleiben und kein einziges dieselben gegen sich selber leht. Der „Darwinismus“ ist die Befestigung des Gedankens: Der Mensch, die Krone der Schöpfung. Dieser Darwinismus geht im 20. Jahrhundert zugrunde. Fechner erklärt die Entwicklung umgekehrt, die organische Natur ist die ursprüngliche, die anorganische nur ein Abfallstoff. Der Vortragende streift dann Aristoteles' Idee von den Tierstufen unter den Menschen, den Vegetarismus der Inden, den systematischen Tiermord für Zwecke der Damenmode. Vassallo Bill, der größte Rassenkämpfer der Erde, der vier Millionen Tiere ermordet hat, wird in Europa wie ein Held gefeiert. Schließlich kritisiert Prof. Lessing die Bivisektion. Er schließt den Vortrag mit einem prächtigen Gedichte, mit dem er auch den Vortrag begonnen hatte, und das in die Worte auslingt: „Sei mitleidsvoll o Mensch, du wirst vergehen und wieder werden, was sie sind!“ Nach der Pause las er zwei reizende Tiergeschichten aus seinem Buche: „Meine Tiere“. Heider Applaus lohnte ihn für seine geistvollen Ausführungen. Die „Vereinigung der Tierfreunde in Prag“ kann diese ihre erste öffentliche Veranstaltung vor einem ausverkauften Hause als großen moralischen Erfolg ihrer Bestrebungen ansehen. J. Reismann.

VERLANGT UEBERALL



Etwas vom Geruchssinn der Tiere.

Von Erna Büsing.

Es wird der sogenannte sechste Sinn des Hundes erwähnt. Gleichzeitig wird dann auf das sprichwörtlich gewordene spaurige Geseul in der Todesnacht des Herrn hingewiesen. Es ist eine Tatsache, einem jeden, der ein solches Geseul gehört hat, bleibt es in der Erinnerung haften. Die Ursache dieses Geseuls suchen gute Kenner des Hundes in dem außerordentlich fein organisierten Geruchssinn des Tieres. Man meint, der Hund verführe den beginnenden Verwesungsgeruch des sterbenden Menschen, wenn dieser ein langes Krankenlager hinter sich hat, und der Geruch veranlasse das Tier zum Geseul. Bei einem plötzlichen Tode des Herrn hat man schon ein regelrechtes Verbellen von Hundem wahrgenommen, was ja ein vollkommen anderer Laut ist. Der Mensch hat sich den Hund mit als erstes der Tiere gezähmt, weil seine Nase ihm von unschätzbarem Wert war. Ein Hund riecht sogar im Schlaf. Wenn auch Hunde gemeinsam mit Menschen im Schlafe von Gasvergiftungen überrascht und getötet wurden, so sagen derartige Vorfälle nichts dagegen. Bei dieser Art der Vergiftung tritt eben die Betäubung sehr früh ein.

Man kann gewisse Tiere auf Geruch dressieren, doch gibt es auch Tiere, die einen ungewohnten Geruch als etwas Unleidliches empfinden. So erlebte es der Afrikaforscher Hans Schwobburg in Jareffalem, daß sein damals noch kleiner Elefant „Toto“ allen Schwarzen die an und für sich dürftige Kleidung abriß. Das Tier lebte unter Weiden, ihm war nach Beobachtung seines Besitzers der Geruch der Schwarzen offenbar unangenehm. „Toto“ weist jetzt als schöner, großer Elefant im Zoologischen Garten in Rom, wo er keine Gelegenheit hat, sich an seine Jugendmutter zu erinnern.

An unsere P. T. Kunden!

Die Gewerbezeitungen berichten, daß wir den Presseprozeß gegen die Zeitschriften verloren haben, welche die Angriffe des Abgeordneten Pekárek, die dieser im Parlament vorbrachte, veröffentlicht haben.

Sie schreiben in einem Tone, als ob das Gericht diese Angriffe als berechtigt anerkannt hätte.

Tatsächlich hat das Gericht erkannt, daß die Angriffe des Abgeordneten Pekárek durch Immunität geschützt sind und daß es aus diesem Grunde kein Urteil fällen kann.

Im Klagewege haben wir erreichen wollen, daß von Gerichts wegen die Wahrheit festgestellt werde. Die Wahrheit um der Oeffentlichkeit willen. Die Oeffentlichkeit hat das Recht, die Wahrheit zu erfahren, ob der billige Preis unserer Erzeugnisse das Ergebnis guter Arbeit und Organisation ist oder ob dieser billige Preis auf Konto unserer P. T. Kunden geht, wie der Abgeordnete Pekárek behauptet.

Wir fordern die gesamte Mittelstands-Gewerbepartei auf, uns zu sagen, welches Gericht im Interesse und zur Information der Oeffentlichkeit die Wahrheit ermitteln könnte.

Thomas Bata.